

pM
BLogbuch II
Sommer 2024

April 2024

03.04.

Washington Post 02.04.24:

„How Israels Strikes on a World Central Kitchen Convoy in Gaza unfolded.“

Wenn Israel im Krieg ist, dann ist alles anders als es scheint.

Statement: Die IDF hat nach einer Person gefahndet, die dann auf einmal nicht mehr, wie vermutet in dem gestoppten Auto saß. Wo war sie geblieben? Und wir hören, daß sich die Insassen der drei Wagen der PKW-Kolonne vom letzten, als er von Geschossen der IDF getroffen wurde, zu den vor diesem fahrenden nicht getroffenen PKWs umstiegen und weiterfuhren. Hatten sie keinen Funk, um den Irrtum aufzuklären? Außerdem soll auch jemand von der Hamas mitgereist sein, von dem später nichts mehr zu sehen war: vielleicht, weil er sich bereits nach dem ersten strike davongemacht hatte, um der ‚Besatzungsmacht‘ nicht in die Hände zu fallen?

Und überhaupt! Wozu eigentlich dieser Angriff durch die IDF, wenn man mit der ‚Besatzungsmacht‘ doch bisher so gut kooperiert haben will und umgekehrt? Und vielleicht war aber auch alles ganz anders gewesen, und die IDF wollten die ‚westlichen‘ Helfer loswerden, weil diese allzu intensiv mit der Hamas gemauschelt hatten? So wie Benjamin Netanjahus (BN) „**absoluter**“ Sieg – welcher ein absoluter Wahnsinn! – notwendig ist, um zu verhindern, daß über die Lebensmittel-Hilfe auch „**Hilfe**“ für die Hamas eingeschleust wird, und daß vielleicht auch darin die Rolle der WCK (World Central Kitchen) bestanden haben kann?

Der oberste Gesichtspunkt der IDF mag gewesen sein: keine Unterstützung des Feindes zuzulassen. Und allem Anschein nach ging eine solche Unterstützung von World Central Kitchen aus, wie das auch häufig bei den Lebensmittel-Trucks geschieht. BNs Kunstgriff: die verschiedenen Absichten des Feindes gedanklich miteinander verbinden: hier die militärischen Notwendigkeiten (rigide Kontrolle der Trucks), verbunden mit gewissen Zugeständnissen an den ultrarechten Koalitionspartner, der die Arabs am liebsten ‚zurück‘ in die Wüste schicken würde (wogegen sich kaum etwas sagen läßt, solange dadurch ausschließlich militärische Erfordernisse erfüllt sind!). Auf der anderen Seite wissen wir aber auch nichts über Grad und Umfang der Kooperation von WCK mit Hamas, worüber auch vonseiten Israels selbstverständlich nichts mitgeteilt wird. So ist das im Krieg...!

Aber sorry, Israel kämpft um seine Existenz, andere nur gegen ihren schlechten Ruf oder für lukrative Spenden etc.

04.04.

Die Frauen werden erst dann vollständig befreit sein, wenn sie den generischen Plural mit derselben Selbstverständlichkeit auf sich selbst anwenden werden, wie das für die Männer der Fall ist, was ihnen unter der bei uns herrschenden Gedankenwelt von den ‚Freunden der Frauenbewegung‘ schlicht verweigert wird.

Wenn es bspw. heißt: ‚Den Vorsitz in diesem Verfahren teilen sich zwei Richter‘ – also weder ‚zwei Richterinnen‘, noch ‚zwei weibliche Richter‘, dann wird deren Rolle durch den generischen Plural: die Richter – und zwar im Gegensatz zur Genderlogik – korrekt ausgedrückt. Sie erfüllen in diesem Fall den Job eines Richters, d.h. einer Rechtsinstitution. Würde ihre Tätigkeit dagegen bezogen auf die Person des Richters individualisiert und diese mit ihrem jeweiligen Geschlecht kurzgeschlossen, könnte sich der Anwalt der oder des Angeklagten unmittelbar veranlaßt sehen, beide Richter wegen der Besorgnis der Befangenheit abzulehnen!

06.04.

Hitler plus Stalin = ‚Zwillinge‘. Ihr ‚Bruderkampf‘ = der Anlaß für die US-amerikanische Bourgeoisie, die Welt-Wirtschaftskrise, zunächst bezogen auf die USA, – und möglichst ohne übertriebenen Antikommunismus – zu managen! Denn die USA befanden sich in der komfortablen Lage, zwischen der aus ihrer eigenen bürgerlich-revolutionären Vergangenheit herrührenden, und sehr viel radikaleren, Demokratie als derjenigen der Europäer einerseits und den Schreckgebilden des Kommunismus andererseits ihre Wahl treffen zu können und die Zwillinge einen nach dem anderen im Kampf um die Beherrschung des Weltmarkts auszubooten. Analogien zum russischen Zarentum helfen hier nicht wirklich weiter...

Lektüren

Michael Brenner: *Israel*. Traum und Wirklichkeit des jüdischen Staates (2016):

(99) ...Jabotinsky: hochzivilisierter osteuropäischer Intellektueller aus Odessa, der mehrere Sprachen beherrscht, als Kind in Hebräisch unterrichtet wurde, träumt von einem Staat mit einer jüdischen Mehrheit. Die Gegenposition vertreten die Sozialisten von *Brit Schalom*: die Gemeinsamkeit von Juden und Arabern bestehe darin, ohne Staat zu sein. **»In einer binationalen Gesellschaft würden Juden und Arabern zumindest die gleichen Rechte zustehen.«**

(100) Jabotinsky will das Hebräische, wie Atatürk die arabische Schrift, latinisieren.

(101) Der Judenstaat sei eine historische Notwendigkeit, **»die – vor dem Hintergrund des**

- virulenten europäischen Antisemitismus – nicht mit den nachvollziehbaren Ansprüchen der Araber auf eine Stufe gestellt werden könne: „Wenn aber die arabische Forderung mit unserer jüdischen – nach Rettung – verglichen wird, dann ist sie wie die Forderung des Appetits im Vergleich zur Forderung des Hungers“«** (Jabotinsky: Der Judenstaat, 68).
- (102) Im Ersten Weltkrieg organisiert Jabotinsky eine Jüdische Legion innerhalb der britischen Armee und erschafft eine paramilitärisch organisierte Jugendbewegung. Der jüdische Staat entstehe nicht durch Gespräche und Gebete, sondern **„durch Blut und Schweiß“**. Zwei Völker beanspruchten Palästina und die Araber werden nie eine jüdische Einwanderung akzeptieren. Die historische Wahrheit liege in der Perspektive des Betrachters.
- (103) Jabotinsky: *The War and the Jews* (1942), enthält die Verfassung für Erez Israel. Problematisch: wie Jabotinskys ‚revisionistische‘ Lösung der ‚Jüdischen Frage‘ in die Kriegsziele der Anti-Hitler-Koalition hatte integriert werden sollen.
- (104) Der Nordau-Plan: Parität in den zu schaffenden jüdisch-arabischen Ministerien im Rahmen der parlamentarischen Demokratie und einer pluralistischen Gesellschaft, in der die Araber als nationale Minderheit in den zu schaffenden Vielvölkerstaat (Vorbild: Habsburg) integriert oder dieser Staat zu einem Dominion innerhalb des Britischen Empire (Vorbild: Kanada) werden soll.
- (105) Begin und Netanjahu werden diesen Faden wieder aufnehmen, woraus aber keine klare Entscheidung zwischen dem Herzlschen Musterstaat und dem revisionistischen Normalstaat folgt.
- (106) Dieser habe drei elementare Dinge garantieren müssen: Nahrung, Kleidung, Wohnung (inkl. Gesundheit + Erziehung).
- (107) Die Zwei-Staaten-Lösung wird erst diskutiert, als Mitte der 30er Jahre das Empire gleichzeitig mit den Forderungen seiner arabischen Bündnispartner zurechtkommen muß (und daran scheitert).

In der späteren Beurteilung des in der Keimform entstandenen israelischen ‚Territorialismus‘ schlägt dieser in den ‚anti-deutschen‘ Territorialismus d.h. in den Wunsch um, daß wegen der von ihnen an den Juden – = Hitlers ‚Weltjudentum‘ – verübten, ungeheuerlichen Verbrechen das Schicksal des ‚ewigen Juden‘ an die Deutschen weiterzureichen sei: d.h. sie, wie im Morgenthau-Plan vorgesehen, staatenlos zu machen und als erste Rate der Tilgung der ‚deutschen Kollektivschuld‘ die Auslöschung deutscher Großstädte im alliierten Bombenhagel *tit for tat* erleben und erleiden zu lassen! Dieses Grauen wäre auch durchaus noch steigerungsfähig gewesen, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die Nazis, bevor sie zur ‚Endlösung‘ übergegangen waren, mit eigenen Plänen zur Bevölkerungsverschiebung zwecks Lösung der ‚Judenfrage‘ (gedanklich) herumexperimentiert hatten, die nachträglich auch auf die besiegten Deutschen hätten übertragen werden sollen. Von dieser Seite her erscheint Jabotinskys Revisionismus noch einmal in einem anderen Licht.

12.04.

...Hat irgendjemand Höckes Buch gelesen? Auch habe ich den Wahlkampf-Streit zwischen Höcke und Voigt nicht im TV verfolgt. Noch so ein ‚hilfloser Antifaschismus‘? Typen wie Hitler und Höcke sind in den Köpfen der Deutschen auch deshalb so stark verankert, weil jener dem Volk angeblich aufs Maul geschaut habe und es ihm gelungen sei, dessen schlichteste und primitivste Vorurteile mit Sinn zu erfüllen und dafür einleuchtende Erklärungen zu finden. Dabei ist wahrscheinlich nichts einfacher als Höckes Texte politisch und theoretisch auseinanderzunehmen und ihn als Stimmen-Imitator von ‚des Volkes Stimme‘ in den Boden zu stampfen?

Warum aber macht das keiner?

Sahra Wagenknechts Politik: linker Höcke!

Zu meinem (tiefen) Erschrecken scheint sich SW einiges von pMs früherer Kritik an ihren Texten zu Herzen genommen und mit ihren übrigen Überlegungen kurzgeschlossen zu haben. Was wäre schließen?

1. daß pM in SWs politischem Einflußbereich vermutlich erfolgreicher war als angenommen;
2. daß umgekehrt daraus abzuleiten ist, daß in pM immer noch ein versteckter Populismus à la Wagenknecht wirksam ist;
3. daß, wenn beides zuträfe, die politische Klausur über und die Beschäftigung mit der ‚Judenfrage‘ für pM durchaus heilsam gewesen ist.

War der Zusammenbruch von pM unvermeidlich? Ja, das war er! Weil dabei vor allem die unerschwellige ML-Agenda, die an dem Projekt nagte, deutlich zu Tage trat.

Wäre daraus zu schließen, daß das ursprüngliche Projekt wiederhergestellt werden könnte und auch sollte? Wohl eher nicht: Niemand steigt zweimal in denselben Fluß.

Die *parteiMarx* ist als spontane Reaktion auf die ‚Wiedervereinigung‘ entstanden! Während das Volk voller Freude auf der Mauer saß und als ‚Mauerspechte‘ die Mauer symbolisch unter sich zerkleinerte und zerbröselte, vereinigten sich zur selben Zeit östliche und westliche Intellektuelle in der gemeinsamen Suche nach dem einzig wahren, weil unverfälschten Marx, den sie bei intensiver Suche in seinem opus magnum zu finden hofften. Daraus hätte sich anstelle der von der Ulbrichtschen DDR gelieferten kommunistischen Farce ein anderer Marx ergeben und geliefert werden sollen. Heraus kam der politisch entkernte ‚marxistische‘ Marx, der bis dahin dazu gedient hatte, die Herrschaft der SED auf dem Gebiet der ‚marxistischen‘ Theorie zu legitimieren, woran der ihr nachträglich verpaßte ‚68er‘ Zugschnitt auch nicht mehr viel änderte.

Was tun?

Die Ausrichtung von pM gegen die Verpreuung der deutschen Geschichte und der deutschen Staatlichkeit und gegen den verpreuten (+ großrussischen) Kommunismus war richtig, ebenso wie im Gegensatz dazu die Orientierung von pM an der antiimperialistischen Kulturrevolution der ‚Studentenbewegung‘ als dem wirksamsten Abführmittel gegen den historisch tiefsitzenden deutschen Fascho-Staat und den theoretisch verknöcherten ‚Marxismus‘ der westlichen Linken.

Wahr ist aber auch: ohne Putins faschistischen Überfall auf Ukrajina hätte pM vielleicht sogar irgendwie weitergemacht. Um so seltsamer, daß der als einziger ‚politischer Zusammenhang‘ in den Texten von pM antizipierte Epochenbruch, als er dann tatsächlich eintrat, der Fortsetzung der revolutionären Arbeit ein abruptes Ende bereitete.

Und weiter?

Ob pM als gemeinsames Projekt vor dem von nicht allen Beteiligten als unfreiwilligen Abbruch empfundenen qualitativen Sprung in die politische Praxis hätte schaffen können, wenn es die Nachkriegs-Epochenwende vom 24.02.2022 mit dem Übergang zum offenen Faschismus (= Rußlands Überfall auf Ukrajina) nicht gegeben hätte, bleibt Spekulation. Aber, um zum Ausgangspunkt zurückzukehren, pM sollte auch ohne den nun mal nicht mehr erfolgten ‚qualitativen Sprung‘ und trotz seines rein optisch nicht sehr einladend wirkenden Erscheinungsbilds die in seiner letzten Phase diskutierte Idee der Veranstaltung eines Tribunals über ‚die‘ Ukraine noch nicht in den Papierkorb schmeißen: twitter hin – You tube her, hinter jedem allerfreundlichst einladenden digitalen Multiplikator, stecken politische Projekte, die unter eigenen, nicht immer durchschaubaren Voraussetzungen operieren und daher auch nur zeitlich wie auch politisch begrenzte Gemeinsamkeiten erkennen lassen.

Fazit:

1. Eine Replik auf Höcke verbietet sich schon allein deshalb, weil er dadurch als Diskussionspartner ernst genommen würde, während er sich wegen seiner Affinität zu Putin *und* Hitler politisch jenseits ‚westlich‘ demokratischer Mindeststandards bewegt.
2. Ähnlich verhält es sich mit der Frage nach dem Umgang mit der heutigen Linken, Sahra Wagenknecht inklusive, und in welchem Umfang diese zum operativen Inventar der Politik der neuen Achsenmächte gehört, und ob sie dadurch nicht bereits längst, in welcher Form auch immer, an deren Welteroberungsstrategie beteiligt ist und dieser aktiv den Boden bereitet.
3. Stellt sich die Frage, ob die Bereitschaft der mitteldeutschen Wähler, den miteinander

verquickten linken und rechten Populismus ans Ruder zu bringen, noch als ‚Widersprüche im Volk‘ zu verbuchen sei? Sie waren wahrscheinlich nie welche, sondern immer schon Widersprüche ‚zwischen uns und dem Feind‘, der ‚das Volk‘ für seine faschistischen Ziele eingespant hatte.

14.04.

Der Angriff der IDF auf die Iranische Botschaft in Damaskus bringt den ‚7. Oktober‘ kommentarlos auf den Begriff: Völkermord! Das alternative ‚Völkermord‘-Geschrei der ‚westlichen‘ Linken und des ‚Globalen Südens‘ überdeckt den Kern dieser Botschaft. Parallel zu Putins völkermörderischem Krieg mit Drohnen und Raketen gegen Ukrajina hatte der ‚7. Oktober‘ den jüdischen Staat treffen sollen mit dem Ziel, um ihn auszulöschen, wobei der politische Inhalt dieses Versuchs eindeutig und klar ist: die Juden von der Erdoberfläche zu tilgen! Derselbe ‚Völkermord‘, den die ‚westliche‘ Linke und die selbsternannten Sprecher des ‚Globalen Südens‘ auch Israel anzudichten versuchen! Dieser ‚Antimperialismus‘ ist der Antisemitismus des 21. Jahrhunderts! Die mörderischen Absichten des National-Sozialismus waren gegen ‚den‘ Juden und gegen dessen für Nazis unverdauliche Dialektik gerichtet. Mit seinen Angriffen auf ‚die Juden‘ wollten er vor allem den Pöbel gewinnen, um diesen auf die jüdischen Kapitalisten zu hetzen und einen deutschen Kapitalismus zu kreieren...

15.04.

Die anti-zionistische ‚westliche‘ Linke, die sich für ‚Antimperialisten‘ hält, meint nur ‚die Zionisten‘ zu hassen. Aber seitdem sie sich mit Hamas und Iran zusammengetan hat, ist der Wert ihrer Beteuerungen, keine Antisemiten sein zu wollen, gleich Null. Man wird gespannt sein dürfen, wie sie sich zu einer möglichen Wahl Trumps zum US-Präsidenten verhalten wird, der allem Anschein nach bereit ist, ‚die Ukraine‘ an den Moskowiter zu verscherbeln. Trump würde dem Moskowitertum und dem Antisemitismus die Krone aufsetzen. Die Staatlichkeit Palästinas hängt, wie seine relativ kurze Geschichte zeigt, direkt mit der Wiederherstellung der jüdischen Staatlichkeit zusammen. Das Plädoyer für die Staatlichkeit der Palästinenser ist indirekt von der Forderung der israelischen Rechten, die Palästinenser zu vertreiben, abhängig. Gaza of Glory!? Kein Leader aus den arabischen Ländern (Saudis, Jordanier, Qataris ausgenommen) wird die israelische Staatlichkeit jemals hinnehmen wollen. Daran ließ der israelische Uno-Botschafter, Gilad Erdan, zuletzt keinen Zweifel aufkommen. Al Jazeera: ‚US = fascists + genocidal Israel‘. Die Welt wird pro-palästinensisch werden, sagt der linke anti-weiße Rassist Bishara: im übrigen sei Israel totally isolated. Diese Antimperialisten ketten ihren ‚Antimperialismus‘ an einen modernen Faschismus.

Wir haben eine neue Zweiter-Weltkriegs-Konstellation – nur daß sich der Faschismus ‚süd-

lich' verschoben hat.

16.04.

Robinson auf seinem Leuchtturm!

Die parteiMarx ist ein Anachronismus, da die Welt und der Weltmarkt des 19. Jahrhunderts so nicht mehr existieren. Einen wichtigen Platz nehmen darin China und Rußland ein.

Bei meiner Lektüre zur Geschichte der USA bin ich bei Hiroshima und Nagasaki angelangt und bei der Frage nach den Wurzeln des Rassismus in den USA: im Ersten Weltkrieg wurden die dort lebenden Chinesen, die die Eisenbahn gebaut hatten, komplett ‚recycled‘, und im 2. Weltkrieg wurden alle Japaner für die Dauer des Krieges komplett interniert. Lag diese rigide Vorgehensweise am Rassismus der US-amerikanischen Bourgeoisie oder hatte diese auch pragmatische Gründe? Etwa die, daß im Ersten Weltkrieg ‚die Schlitzies‘ sowohl einer asiatischen ‚Rasse‘ als auch (als ‚Gastarbeiter‘) der Arbeiterklasse angehörten, was in den Augen der Bourgeoisie zweifellos eine doppelte Bedrohung darstellte. Dagegen hatte die vollständige Internierung der Japaner nach dem japanischen Angriff auf Pearl Harbor eindeutig militärische Gründe. Im Unterschied dazu gelten die ‚Neger‘sklaven als Angehörige einer ‚rückständigen‘, (untergehenden) Gesellschaft als die weit geringere Gefahr. Auch fragt es sich: wenn Hautfarbe und Augenform wegen ihrer Fremdartigkeit in einem von Kolon(ial)isten besiedelten und kapitalistisch entwickelten ‚westlichen‘ Land eine Gefahr signalisieren sollen, wie hätte dieses rassistische Schema dann auch auf ost-europäische Juden übertragen werden sollen? Von den west-europäischen Juden einmal ganz abgesehen. Dazu besaßen auch die Nazis wenig überzeugende Argumente – wenn sie überhaupt auf Argumente und nicht auf die Sprüche des Pöbels Wert gelegt hätten.

18.04.

Lektüren

Dirk Oschmann: *Der Osten: eine westdeutsche Erfindung*, (2023):

(17) Die BRD hat Deutschland gespalten?! = der Westen?! Darin wabern immer noch SED-Propagandaresten herum. Hinzu kommt: die östliche Teilungsmacht ist nicht wie das Rumpelstilzchen im Erdboden versunken...

(20) Das Buch klebt an der DDR-Kritik am ‚Westen‘ und an der SED-Propaganda. Die DDR mag untergegangen sein, aber nicht der Geist der SED. Eindeutige Definition: das westdeutsche Bürgertum = ‚Nazis an der Macht‘.

(22) Wer waren aber dann die Beitrittsländer? Die DDR? Aber Die DDR war gar nicht beigetreten, sondern eine Handvoll wiederhergestellter ‚Bundesländer‘, die auch schon vor der DDR und der ‚Wende‘ existiert haben.

(23) Oschmann unterscheidet nicht zwischen Moral und Politik!

(33) ...was Oschmanns Ossi nicht kapieren: daß die Produkte des Zeitungsgeschäfts einschl. SPIEGEL ebenso wenig ernst zu nehmen sind wie die einstige SED-Propaganda: auf der einen Seite das Produkt kapitalistischer Geschäftigkeit als Ergebnis des harten Nachrichten-Geschäfts, auf der andern Seite (der ‚Zonengrenze‘): die Propaganda-Produkte der Nomenklatura-Despotie. Dahinter steckt erst recht nichts Ernstzunehmendes!

(36) Oschmann meint mit **»unangefochten«** hier die ‚Diskursherrschaft‘ des ‚Westens‘ und den systematischen, medial forcierten Totalausschluß des ‚Ostens‘ aus der **»Gesamtgesellschaft...«** festzustellen. Aber um das zu toppen, wäre zunächst zu klären, was **»der Osten«** überhaupt ist: die östlichen Bundesländer Rest-Deutschlands, die der BRD beigetreten sind oder eine aufgelöste und in die BRD abgewickelte DDR? Was letzteren Fall betrifft, bekommt Oschmann Probleme, (weil er historisch hinter dem Mond ist), in **»sofern der Osten«** (vom ‚Westen‘ angeblich) **»komplett als fremdes, abnormes und peinliches Element markiert wird«**; eine Selbstwahrnehmung, für die in der Vergangenheit die SED ständig gesorgt hatte... ausgenommen bei jenem marginalen Teil der DDR-Bevölkerung, die gegen spalterische Argumente wie diese offen rebellierte (Beispiel: Leipzig 1989)! **»Eines der meistgelesenen Magazine nutzt hier seine volle Medienmacht, um rund 18 Prozent der Bevölkerung zu verleumden: vom Westen aus [sic!] und für ein westdeutsches Publikum...«** (Da schau’s her...!) Spätestens an dieser Stelle sollte ich das Buch einfach zuklappen. Wen oder was Oschmann hier vertritt, ist nicht etwa die Position jenes Teils der DDR-Bevölkerung, die mit abnehmender Intensität gegen den SED-Staat rebellierte, sondern die Position der Neuen Bourgeoisie der DDR, die von der westdeutschen Bourgeoisie als gleichberechtigt anerkannt zu werden verlangt. Offenbar hat er immer noch nicht kapiert, daß sich ‚bei uns‘ im ‚Westen‘ der höchste Grad an Anerkennung auf die besseren Geschäftszahlen, ein überdurchschnittlich hohes Bankkonto und höhere akademische und administrative Titel usw. reduziert. Außerdem verwechselt er das Volk mit den über dieses herrschenden Klassen, bzw. den Ost-West-Gegensatz mit dem Klassen-Widerspruch! Und, was das Presse-Geschäft angeht: ‚Wir‘, sagt die Presse ihren Lesern, produzieren für Dich Tag für Tag höchst vergängliche politische und soziale ‚Deutungsmuster‘ über den Zustand der bürgerlichen Gesellschaft und deren Geschäfte – für Geld! Laut SPIEGEL soll in jedem (vornehmlich männlichen) Ossi eine Zeitbombe ticken: der alte Nazi! (dessen ‚westdeutsche‘ Nazi-Partei auf eine NPD zusammengeschrumpft war, die das BVerfGericht inzwischen nicht mal mehr zu verbieten für notwendig erachtet hat. Dieses vernichtende Urteil hat der in die Ex-DDR ‚eingewanderte‘ NPD-Geschichtslehrer Höcke als seine Chance wahrgenommen, um beginnend mit ‚Dunkel-Deutschland‘ die Refaschisierung der BRD voranzutreiben und dem sog. Antifaschismus seine ‚nationalen‘ Antithesen gegenüberzustellen..! Offenbar einer – leider der Falsche! –, der aus der Geschichte was gelernt hat!

(48) Autobiographisches von Oschmann: **»Ich bin nicht im Westen groß geworden, aber mit dem Westen.«** (Klingt zunächst sympathisch!)

(49) **»...Geographie als Schicksal...«** (Das schon nicht mehr!)

(50) »...eines der wesentlichen Antriebe für den politischen Umsturz...« (OK!)

(51) »...ein neues Lebensgefühl ... Freiheit...«

»Nur eines hat sich für die allermeisten nicht erfüllt: der Wunsch, an dieser Gemeinschaft teilzuhaben und sie mitzugestalten. ...Statt einer Vereinigung, die womöglich auch den Westen auf den Prüfstand gestellt hätte, gab es nur einen Beitritt«, und als Folge: Deindustrialisierung, Arbeitslosigkeit, Rückgabe vor Entschädigung etc. (aber auf der anderen Seite: die Durchsetzung des ‚westlichen‘ bürgerlichen Rechts und das Ende der Fahnenstange für all die ach so gemütlich gewesenen ‚sozialistischen‘ Flausen im Kopf! Eine Verlust Erfahrung, die von den Anhängern des volksgemeinschaftlichen Deutschen Demokratischen Sozialismus offenbar als nicht weniger schmerzlich empfunden wird, wie einst von den Anhängern des Nationalsozialismus in Wessi-Deutschland, der nur noch von der ständig schrumpfenden radikalen Minderheit unter den Wessi-Deutschen gepflegt wird. Dafür hatte (auf den ersten Blick) vor allem die antiimperialistische Kulturrevolution der ‚Studentenbewegung‘ ganze Arbeit geleistet...!

Ein erstes Fazit: Wenn sich nach dem Staatsbankrott der DDR die ‚westlichen‘ Gläubiger der hoch verschuldeten DDR – hier fehlt nur noch, daß Oschmann ‚dem Westen‘ unterstellt, die DDR sei von ‚westlichen‘ Banken in die Zahlungsunfähigkeit *getrieben* worden, dann aber auch die andere Seite der Medaille: daß sie sich nur allzu gerne dorthin hat *treiben lassen*! Und daß die ‚westdeutschen‘ Gläubiger auf der Suche nach allem für den Weltmarkt ‚Verwertbaren‘ sich auf die Anwendung des Insolvenzrechts beschränkten und daß sich diese Verfahrensweise in einem ähnlich gelagerten Fall, nämlich dem der gewesenen UdSSR, zu bestätigen schien, wo aber – und zwar anders als in der DDR – Anteilscheine (vouchers) an das Volk, als dem neuen Souverän und nominellen Staatseigentümer, verteilt wurden! Dies eine eindeutig ‚westliche‘ Metamorphose der ‚sozialistischen‘ Staatswirtschaft, die von im Aktienrecht beschlagenen Anlegern (wie dem Börsenspekulanten: Khodorkovski), allerdings im blinden Vertrauen auf die noch keineswegs vollständig garantierte Herrschaft der *rules of law*, ins Blaue hinein vollzogen wurde und die von den keineswegs völlig verschwundenen *siloviki* mit der Hilfe gefügig gemachter Richter abgebrochen und schon recht bald von Rußlands Metamorphose zum Neuen Putinschen Zarentum abgelöst wurde. Dafür hatten KGB, Rossiskaja Armija und Mafia nun endlich auch zu Dritt zueinander gefunden. Das Ableben des alten und die Geburt des neuen Souveräns, der Russischen Föderation, (der schon recht bald im Kindbett erstickt und durch eine ‚demokratisch‘ gewählte Staatsmafia abgelöst wurde) hätte im Fall der Bankrott gegangenen DDR ebenfalls ihre Fortexistenz als souveräner Staat inkl. Staatsbank allerdings vorausgesetzt, da Staatsbanken, als Besitzer der Gelddruckmaschine, bekanntlich nicht pleite gehen, oder wenn, dann mit ihnen der gesamte Staat. In einer, fiktiv angenommenen, souverän gebliebenen DDR hätte dann auch Höckes Wunschtraum von der Rückkehr nach Nazi-Deutschland – gewiß auch in positiver Erinnerung an die deutsch-sowjetische Waffenbrüderschaft im Krieg gegen den demokratischen ‚Westen‘ in den Jahren 1939 bis 1941! – 1989 erneut wahr werden

können. Aber dazu war u.a. ihr wirtschaftlicher und staatlicher Verfall bereits zu weit fortgeschritten. Im übrigen standen dem – zum Glück, muß man sagen – erst mal ‚die Amis‘ entgegen! Daher mußte die faschistische Waffenbrüderschaft des künftigen Höcke-Reiches mit Rußland noch warten...! Wenn aber heute in den östlichen Bundesländern eine von Rußland hochgepäppelte Nazi-Partei, ähnlich wie die Nazis 1933, an die Macht käme, dann wäre Höckes (und Putins) Saat ‚endlich‘ aufgegangen! Daran wird bereits deutlich, daß der ‚Kampf gegen Rechts‘, wie er von der ‚Moskau Connection‘ in der Ampel-Regierung (als Antifaschismus ‚von oben‘) bisher betrieben wurde und weiterhin von Sahra Wagenknecht vertreten wird, vor allem daran krankt, daß er auf dem anderen Auge blind ist. – Soweit ein erstes Fazit...

(52) »**Der Westen aber hat gedacht, er müsse sich nicht ändern...**« Wohin denn bitte, Herr Oschmann?! Hätte sich »**der Westen**«, genauso wie Präsident Jelzin den KGB-Nachfolgern, der post-sowjetischen Stasi an den Hals werfen sollen? (Was in sozialdemokratisch abgespeckter Form in Gestalt von Schröders **Moskau-Connection** – unter der freundlichen Duldung Angela Merkels – ja dann auch in Raten geschah...?) Vielmehr hatte die 1949 durch die ‚westlichen‘ Teilnehmer der Anti-Hitler-Koalition an die Regierungsmacht gelangte ‚20.-Juli-Bourgeoisie‘ nach der von ihr verweigerten offenen Umarmung der Stasi sich der seinerzeit (von ihr nicht unterschriebenen) Kapitulationsbedingungen der (‚ungerufenen‘) ‚westlichen‘ Befreier (oder: ‚Besatzer‘) erinnert, als sie (1949) das Verbot der NSDAP-Nachfolgerin und wenig später, um den ‚Marktkräften‘ (im Sinne Ludwig Erhards) zum Durchbruch zu verhelfen, ein solches auch gegen die KPD eingeleitet hatte (das sich allerdings zunehmend als überflüssig erwies, nachdem diese Partei als die sagenumwobene Kämpferin für Stalins ‚Kommunismus‘ nach dessen Ableben im Jahr 1953 immer mehr einem Gespenst ihrer selbst glich), woraus die Wessi-Bourgeoisie nach der Freisetzung der DDR durch die östliche Besatzungsmacht ableitete, daß sie mit den post-Ulbrichtschen Kommunisten nun ebenso pfleglich wie mit den Nazis umgehen konnte! Die in Ermangelung derartiger Einsichten nach 1968 immer weniger ernstzunehmenden post-marxistisch-leninistischen ‚MLer‘, die in ihren ML-Visionen vom ‚revolutionären Sturz der westdeutschen Bourgeoisie durch das westdeutsche Proletariat‘ Ulbrichts plattestem Ökonomismus der 30er-Jahre (vermischt mit einem Bodensatz tristesten Lassalleanismus) verbunden blieben, waren selbst unter ihren hart gesottensten Verteidigern – soweit nicht längst von der Stasi kopiert – dazu gezwungen, ihre revolutionären Wunschträume aufzugeben! Hier beißt sich die Katze in den Schwanz! Zwar hätte, rein politisch, die post-sowjetische DDR schon sehr früh in Putins neues großrussisches Imperium eingemeindet werden können. Aber dazu fehlte es noch an modernem militärischem Material, das ‚der Westen‘ aber nicht mehr geliefert hätte. Eine ‚Wiedervereinigung‘ à la Putin, d.h. des ‚Ostens‘ mit dem von ihm eroberten ‚Westen‘, woran die Wähler von Björn Höckes AfD offenbar inständig glauben, würde nicht nur eine eindeutig vom ‚Osten‘ ausgehende Spaltung Deutschlands bedeuten, sondern auch das Ende des ‚westlichen‘ Kapitalismus in Gesamtdeutschland, gegen den auch Dirk Oschmann etwas zu haben scheint. Solchen gesamtdeutschen putinistischen Albträu-

men stehen heute die ihre ‚westliche‘ Freiheit bevorzugenden Völker (nicht nur des ehemaligen ‚Ostblocks‘) im Wege. An vorgeschobener Position ‚die‘ Ukraine, deren Verteidigungskampf gegen die faschistische Übermacht Rußland zum Fanal der um ihre Freiheit gegen die neuen Achsenmächte kämpfenden Völker geworden ist.

Bei all der in seinem Buch bezeugten Hochschätzung für die ‚westliche‘ Freiheit, die die ‚68er‘ – die darin nicht vorkommen! – gegen die piefigen, von ‚den Amis‘ diskret zurechtgestutzten, NS-Nachfolger in der post-faschistischen Nachkriegs-BRD (und angeregt durch die aus dem US-amerikanischen Exil zurückgekehrte Frankfurter Schule) revolutionär erkämpft haben, verharret Oschmanns Kritik an den Wessis in den untersten Schubladen (oder ‚Ebenen‘!?) DDR-bornierter SED-Denkweisen. Er wird sich vielleicht noch damit trösten dürfen, daß die Wessi-Linke wegen der Realitäts-Verweigerung, die sie bei ihrem Umgang mit der ‚Nationalen Frage‘ (vulgo: ‚der‘ Wiedervereinigung) bewiesen hat, nicht viel besser aufgestellt gewesen ist als die Wessi-Bourgeoisie. Heute das gefundene Fressen für das ‚Bündnis Sahra Wagenknecht‘ und seine, im Sinne Putins vollständig zu Ende gedachte **Moskau-Connection**, die auf eine post-sowjetisch-gesamtdeutsche DDR hinausliefe und die in den Neuen Bundesländern, – so auch in Oschmanns Buch! – zum Protestsymbol der Ossi-Deutschen gegen ‚die Herrschaft des Westens‘ und den ‚Wessi‘-Kapitalismus geworden ist, der im Zusammenspiel mit Höckes Nazipartei und Putins großrussischem Faschismus seinem, wie sie meinen, ‚wohlverdienten Ende‘ zugeführt werden soll. Hier haben, im Unterschied zu ihrem kompletten Versagen in ‚der‘ Ukraine, Putins *siloviki* bereits ‚ganze Arbeit‘ geleistet!

(61) An dieser Stelle stellt sich für Oschmann schließlich auch die ‚soziale Frage‘: **»Eine Herkunft aus dem Osten verschärft die allgemeine Herkunftsbenachteiligung der sozial Schwachen und mindert die Lebenschancen erheblich«**, behauptet der Ost-Akademiker mit dem guten West-Fernseh-Empfang, der sich als Student einen für DDR-Verhältnisse unüblichen Fächerkanon ausgesucht hatte: Germanistik, Anglistik, Amerikanistik! (26)

(73) Oder in den Worten von **Heinrich August Winkler**, in: *Wie wir wurden, was wir sind* (2021):

„Die Ostdeutschen waren von vornherein die eigentlichen Kriegsverlierer gewesen“. Von daher sei, so Oschmann, auch gar nicht einzusehen, warum **»auf die Dauer nur der Osten die Folgen des von allen Deutschen verantworteten Nationalsozialismus ausbaden soll?«**. (Das hätte Ulbricht auch nicht besser sagen können!)

(74) Ausgehend von seiner Vorliebe für die französische Postmoderne stellt Oschmann hier, was den **„Osten“** betrifft, typische **»Zuschreibungsspiele und Essentialisierungen«** fest und überträgt diese auf das innerdeutsche Ost-West-Verhältnis insgesamt.

(75) **»Es gibt kein gesamtdeutsches Wissen und keinen gesamtdeutschen öffentlichen Raum, weil es offenbar kein gesamtdeutsches Bewußtsein gibt oder schlicht kein übergreifendes Interesse an diesem Wissen.«** **»...gesamtdeutsch«** wohlgermerkt in einem umfassenden ‚ostdeutschen‘ Sinn (d.h. im Sinne der ehemaligen DDR)!

(Die Faktenlage erweist sich häufig als schwieriger denn die Bewußtseinslage!)

Und außerdem: ein zusätzliches Argument zugunsten der grundsätzlichen Verschiedenartigkeit der politischen Revolutionen 1953 (Stalinallee) und 1968 (Deutsche Oper) und ihrer historischen Einordnung? Beides scheint Oschmann aber ohnehin bereits mit Hilfe der Postmoderne aus der Geschichte erledigt zu haben. Denn während die ‚Studentenbewegung‘ in der von Oschmann postmodern dekonstruierten Geschichtslosigkeit erst gar nicht vorkommt, findet die politische Revolution des ostdeutschen Proletariats am 17. Juni 1953 gegen Stalins institutionelle Konterrevolution und gegen Ulbricht als deren Statthalter – aus dem Gedenktags-Kalender der BRD inzwischen gestrichen! – nicht einmal als ‚Volksaufstand‘ Erwähnung: für die AfD eigentlich die passende Gelegenheit, den Aufstand (der Ostberliner Bauarbeiter) zum völkisch-nationalen Fanal zur erheben! Aber Hustekuchen! Vielleicht, weil Höckes Nazis die heute noch vorhandenen Gemeinsamkeiten aus der Zeit des Hitler-Stalin-Pakts und die freundliche Unterstützung aus Moskau nicht riskieren möchten? Woran sich i.ü. erkennen ließe, daß Höckes Nazipartei politisch noch längst nicht bei ihrer wahren politischen Bestimmung angekommen ist...!

(76) Noch einmal zurück zu Oschmanns Frage: **»Was ist ...eigentlich der Osten?«** Als Antwort ergeben sich daraus auf den ersten Blick drei Bedeutungen:

1. **»der Osten«** = der Osten der Preußen (ursprünglich der Name für einen slawischen Volksstamm und daraus resultierend: der notorische preußische Slawenhaß...?), denen die Markgrafschaft Brandenburg als Lehen zugeflogen war – keiner wollte diese gottverlassene sandige und moorige Gegend vom deutschen Kaiser als Lehen haben! – zu der daher nach dem 30-jährigen Krieg die frisch gebackenen Preußen ein eher Kantisch geprägtes ideelles Verhältnis entwickelten, weil sie als Angehörige der süddeutschen Hohenzollern-Dynastie die Idee nie aufgegeben hatten und darin die einzige Chance erblickten, am Ende des Tages als Hohenzollern-Kaiser auf dem Deutschen Kaiserthron platz zu nehmen. Was 1871 mit der unter Bismarcks Regie im Spiegelsaal von Versailles gegebenen Inszenierung der Gründung des preußischen ‚Operetten-‚Kaiserreichs‘ erschreckend-traurige Realität wurde. Ein unfäßbarer Anachronismus, der, übersetzt in die germanisch-mittelalterlichen Märchenwelten Richard Wagners, durch eine auch noch so real erscheinen mögende ‚Realpolitik‘ Bismarcks nicht aus der Welt zu schaffen war und der schließlich im industriell perfektionierten Rassenmord in den Gaskammern dieses Deutschen Reiches endete...;

2. der **»Osten«** aus der Perspektive der Wessi-Deutschen, – die nach den von ihnen vom Munde abgesparten alljährlichen ‚Päckchen nach Drüben‘ doch niemals die erwarteten Dankesbezeugungen aus dem **»Osten«** meinten erhalten zu haben; eine Erwartung wiederum, die nicht nur Oschmann den Wessis nie verzeihen wird, weil sie in ihren durch unverhofften ‚Wohlstand‘ verhärteten Wessi-Herzen für etwas auf Dankbarkeit verzichteten, wofür Dankbarkeit nicht der Rede wert gewesen wäre, – oder hatten die Wessis mit ihrer zur Schau gestellten Zurückhaltung ihre ‚Brüder und Schwestern in der Zone‘ einfach nur beschämen wollen, um gleichzeitig mit ihrem frisch erworbenen ‚Reichtum‘ protzen zu dür-

fen? Eine Zurücksetzung, die die Ossis schon deshalb nicht verdient hatten, weil es ihnen so viel schlechter gegangen war als ihren Landsleuten im ‚Westen‘... (Hier begegnet uns bereits das legendäre wessi-deutsche Helfersyndrom, das bei jedem Erdbeben, das diesen Globus erschüttert, die Weltbühne betritt, um mit ihren in die ‚Dritte Welt‘ gespendeten Klamotten, von sich reden machen zu dürfen (und gleichzeitig die dort ums Überleben kämpfende Textilindustrie zu ruinieren...));

3. der »**Osten**« als pejorative Bezeichnung für die Deutsche Demokratische Republik, die sich aus Moskauer Sicht aber eines nicht allzu fernen Tages zur Gesamtdeutschen Demokratischen Republik hätte erweitern sollen, von deren ‚West-Politik‘, über die RAF und einen Haufen teurer V-Leute und Spione, (das Ehepaar Guillaume) hinaus, über nichts Nennenswertes zu berichten bleibt...

Innerhalb dieses dreifältigen »**Osten**« galt die ihm entgegengesetzte Himmelsrichtung bereits per se als feindliches Terrain, das u.a. vom ‚westlichen‘ Erbfeind bewohnt werde. Umgekehrt vertritt der Westen dem »**Osten**« gegenüber laut Oschmann das »**Monopol auf Wahrheit und das Monopol auf die Moral**«.

Daher sieht, an die Adresse des ‚Westens‘ gerichtet, der »**Osten**« nicht ein, daß es dieses Monopol überhaupt gibt, sodaß Ulbrichts ‚Osten‘ immer so etwas wie ein defizienter ‚Westen‘ blieb; wenigstens solange, wie der östliche Teil Deutschlands nicht durch die ‚anti-kapitalistische‘ Eingemeindung der BRD in diesen nach Ulbrichts Plänen erst wirklich wahr geworden wäre; und zwar nach der Vorgabe Stalins: zuerst der Kommunismus, dann die Nation! Und so auch die Lösung der ‚Nationalen Frage‘! Von daher war Ulbrichts ‚Osten‘ eigentlich die optimale sozialistische Kopie des kapitalistischen Westens!

(78) Der Osten soll also für die Wessi-Deutschen »**entweder „Osten“ sein oder – gar nichts ... Das hält der Westen, der nicht weiß, daß er Westen ist, für „ganz normal“**«.

Das stimmt so nicht! Innerhalb des Ulbrichtschen Ökonomismus sollte sich der »**Osten**« nur durch seinen Anti-Kapitalismus, nicht aber durch den (zugleich dort herrschenden) Stalinschen Kommunismus vom Westen solange unterscheiden, bis beide zusammen kommunistisch geworden wären. Bis dahin hätte der »**Osten**« auf dem Weg zum ‚gesamtdeutschen‘ Kommunismus im Wartesaal der Geschichte platz zu nehmen gehabt.

Daher noch einmal die Frage: »**Was ist... .. „der Osten“?**«

Davon gibt es bisher mindestens drei:

1. den Osten der Nazis mit seinen Wurzeln in der preußischen Ostkolonisation u.a.m.;
2. den Osten der Wessis und ihrer ‚Brüder und Schwestern in der Zone‘;
3. den Osten der Ossis, d.h. die DDR, die, weil sie behauptete, das einzig wahre, weil anti-kapitalistische Deutschland zu sein, in einem geographischen Nirwana lebten.

Und da Deutschland wegen ‚der Mauer‘ (die bei Oschmann, ähnlich wie bei den Wessis der Kommunismus, nicht vorkommt) sich als gesplante Nation selbst ad absurdum geführt hat, ist dieses Deutschland tatsächlich kaum mehr denn ein leerer geographischer Begriff geblieben, der von ‚rechts‘ bis ‚links‘ nach Belieben politisch aufgeladen werden kann.

Deutschland auf der ewigen Suche nach seiner gesamt-deutschen Realität!

Hinzu kommt, daß alles, was sich östlich dieses „**Ostens**“ gegen die großrussische Hegemonialmacht politisch zu Wort meldete, im Namen des Kommunismus (Beispiel: Solidarnosc) von der Sovetskaja Armija (und der NVA als Reserve) plattgemacht wurde. Es gab ihn zwar diesen „**Osten**“ östlich der DDR. Nur schien er aus der Wessi-Perspektive gesehen woanders zu liegen als aus derjenigen der Osis, für die östlich der DDR ein politisches Niemandsland begann, das von irgendwelchen ‚sozialistischen Bruderländern‘ bewohnt wurde, die aber für die Osis nicht zu deren ‚Brüdern‘ zählten, weil darunter ausschließlich die ‚Bruderländer‘ der Sowjetunion fielen! Zur Erinnerung sei auf Breshnews Beschwörungsgesten sowjetischer Brüderlichkeit in Form seiner schmatzender Bruder(zungen)küsse verwiesen. Bei der Zurückweisung dieser Formen sozialistischer Brüderlichkeit (Brrrh!) trifft sich ausnahmsweise der Blickwinkel der Osis mit dem der Wesis. Nicht jedoch der Blickwinkel Oschmanns, der sich auf ‚Erklärungsmuster‘ wie die der ‚westlichen‘ Postmoderne zurückzieht, die es erlauben, sich den Ulbrichtschen Denkverböten auf elegante Weise zu entziehen:

»Aufgrund dieser völlig inakzeptablen Lage wird es im Folgenden dezidiert nicht darum gehen, „was der Osten“ im Sinne einer Ontologisierung, Substanzialisierung oder Esenzialisierung womöglich „ist“, sondern was ihm auf welche Weise unablässig unterstellt [sic!] wird.«

Also reden wir ganz im Stil des vorherrschenden Genderismus nicht über Tatsachen, sondern über rein Moralisches, und zwar vor allem darüber, was von wem wodurch möglicherweise ohne Vorwarnung (= ungetriggert!) als Beleidigung eines Anderen wahrgenommen wird? Also auch nicht darüber, was jemandem von seinem Anderen normalerweise aufgrund von Tatsachen bewiesen werden müßte, weil es sich sonst um ein reines Gerücht handelte? Von Gerüchten nähren sich National-Sozialisten genauso gerne wie Putins Sozial-Nationalisten, wenn sie ihre Lügen als nackte Tatsachen in die Welt setzen!

»Jeder mit einer Herkunft aus dem Osten weiß, wovon ich spreche, nämlich von einer geradezu leibhaften [sic!] Entwertungserfahrung durch permanente Negativzuschreibungen, wobei sich dieses niederträchtige Zuschreibungsspiel perfiderweise als Wahrheitsspiel | ausgibt. Identitätszuweisungen stellen eine wichtige Herrschaftstechnik dar, indem sie dem Adressaten keinen Spielraum zu Entfaltung und Selbstentfaltung geben.«

Dies die postmodern identitäre, ergo geschichtslose, Einladung Oschmanns an den National-Sozialismus, mit deren Hilfe sich rein moralisch begründete Identitäten durch national-sozialistische ersetzen und problemlos mit Putins Sozial-Nationalismus verbinden lassen. An dieser geschichtslosen und für den National-Sozialismus offenen Identitätspolitik können Höckes Nazis ihrerseits problemlos andocken. Was wäre aber dann noch Deutsch, was nicht im Sinne der Nazis ‚doitsch‘ wäre? Vielleicht der unser ‚doitschen‘ Gedankenwelt entsprungene gesamtdeutsche Gartenzwerg? Oder Deutsch als rein geographische Herkunftsbezeichnung? Dazu brauchte es keiner Geschichtslehrer mehr, um die traurigen Restbestände post-Münsterscher deutscher Staatlichkeit zu erklären, nachdem sich das prae-

Münstersche Deutsche Reich zuvor als unerträgliche Karikatur seiner selbst aus der Geschichte verabschiedet hatte!? Eine Staatlichkeit übrigens, die wie in so manch anderem derjenigen Italiens gleicht, dem es bei seinen immer wieder gescheiterten Vereinigungsversuchen auch erst relativ spät gelang, zu seiner staatlichen Einheit zu finden. Deutsche und Italiener, Brüder im Geiste, was auch den von den Nazis kopierten *fascismo* betrifft, von dessen ‚Sozialismus‘ – Mussolini war *vor* seiner Konversion Chefredakteur einer sozialistischen Zeitung – nach der Ersetzung des Sozialismus durch den völkischen Sozialdarwinismus nicht mehr viel übrig blieb.

(81) Fehlt in dieser Aufzählung noch der vierte allseitig (auch von mir) verdrängte Definitionsversuch des »**Ostens**«:

der »**Osten**« als Mitteldeutschland, ein Begriff, der »**vor langer Zeit seine historische Berechtigung gehabt**« habe, der »**aber seit 1945** [sic!] **doch reichlich suspekt**« anmute und »**beispielsweise für polnische und tschechische Ohren bedrohlich erscheinen mag**«, weil damit suggeriert werde, »**es gäbe „das eigentliche Ostdeutschland“ noch östlich von Oder und Neiße. Immerhin liegt Passau** [rein geographisch] **östlich von Ostdeutschland, wenn auch im Süden...**« Es geht bei diesem Begriff m.a.W. »**um das Gebiet der ehemaligen DDR, einen spezifischen geographischen [!] Raum [!], der nur drei Landesgrenzen hatte** [gemeint sind: die Staatsgrenzen der DDR] **und der mit seiner Geschichte zugleich bis in die Gegenwart reicht, | um die nach 1990 lange so genannten „fünf neuen Bundesländer“, die nun auch in die Jahre gekommen sind.**«

,Das also war des Pudels Kern...'? (Faust I).

Hier rührt Oschmann zwar mutig an ein Tabu, das in der DDR längst keines mehr war und an dem seit Willy Brandts Kniefall von Warschau (1970) zwar auch in der BRD kräftig gerüttelt wurde, das aber, wie sich am Namen für den „**Mitteldeutschen Rundfunk**“ zeigt, noch nicht vollständig aus der der ‚politischen Geographie‘ der BRD verschwunden ist. »**Dieser Terminus mag vor langer Zeit** [sic!] **seine historische [!] Berechtigung gehabt haben, aber seit 1945**« mute dieser »**doch reichlich suspekt an**«, was vielleicht auch daran liegt, daß Oschmann die (Potsdamer) Konferenz der Anti-Hitler-Koalition offenbar als Friedenskonferenz überinterpretiert, die sich dagegen aber vor allem auf die Beseitigung der dringendsten Probleme der gemeinsamen Verwaltung Post-Hitler-Deutschlands beschränkte, während die Friedenskonferenzen der 50er und 60er Jahre schließlich in den ergebnislosen (Vier-Mächte-) Verhandlungen versandeten waren. Das wohl mit ein Grund für Willy Brandts Warschauer Kniefall, einer emotionalen Geste, die in Osteuropa vielleicht sogar als der endgültige Bruch ‚West‘-Deutschlands mit Hitlers Nazi-Deutschland überinterpretiert wurde, ohne die es aber keine größere Erweiterung des westdeutschen Osthandels gegeben hätte und auch keine Fortsetzung ‚wessi-deutscher ‚Ostpolitik‘. Dafür aber zumindest ein Problem weniger für die DDR, in der das Potsdamer Treffen der (drei, wenig später) Vier Alliierten als Friedenskonferenz bewußt mißverstanden wurde und Stalins ‚Westverschiebung‘

Polens, (und die ‚der‘ Ukraine zu Lasten Polens), in der öffentlichen Wahrnehmung bis heute unter den Tisch fällt! So ist die offizielle Bezeichnung für Putins faschistischen Überfall auf (‚die‘) Ukraine, die als ‚Spezialoperation‘ (gegen ‚ukrainische Nazis‘) verkauft wird, ebenso kein Zufall. Dahinter steht die großrussische Vorstellung, daß sich in dem durch den Hitler-Stalin-Pakt (1939) zwischen Rußland und Deutschland entstandenen **»spezifischen geographischen [!] Raum[!]«** (81) möglichst keine weiteren souveränen Staaten mehr befinden sollen. Polen und Balten, Ungarn, Tschechen und Slowaken e.a. können von den politischen (und militärischen) Folgen deutsch-russischer Verträgen die staatlichen Verhältnisse in diesem **»Raum«** betreffend ein Lied singen!

In diesem Zusammenhang erweisen sich schließlich die **„Moskau-Connection“** der Großen Koalition und die von Scholz 2024 ausgerufene **„Zeitenwende“** wohl eher als übler Scherz, egal, ob diese Wende historisch oder politisch, ob nach vorwärts oder rückwärts gewendet interpretiert wird! Nach rückwärts: als nichts anderes denn eine Neuauflage des Hitler-Stalin-Pakts, für dessen Verwirklichung es auf deutscher Seite nur noch eines ‚anti‘-faschistischen Quislings (à la Wagenknecht!) und eines zweiten Hitler (wie Höcke einer werden will) bedarf, und wofür sich diese beiden Putin-Knechte inzwischen für den ost-deutschen Herbst warmlaufen, und für den nach vorwärts aus der Perspektive Putins betrachtet, den Deutschen eine Neuauflage des Stalinschen ‚Antifaschismus‘ im faschistisch-‚anti‘-faschistischen Paket angeboten wird. Alle weiteren ‚Alternativen‘ sollten sich die Deutschen abschminken, aber dann zumindest Putins Paket in den drei ‚östlichen Bundesländern‘ eine Mehrheit unterhalb des 5%-Pegels verpassen! Und sollte die CDU, (wie einst das Zentrum 1933) erneut der Ansicht sein, dieses Paket ließe sich bereits durch ein Bündnis mit der einen gegen die andere ‚Alternative‘ auseinander dividieren (oder durch das Ausspielen des einen gegen den anderen Faschismus), dann wäre sie genau wie die Zentrumsparterie 1933 politisch verbrannt! Den Wessi-Deutschen scheint im Unterschied zu Skandinavien, Balten oder Polen noch immer nicht vollkommen klar zu sein, wie eng das politische Schicksal Deutschlands mit Putins gegenwärtiger ‚Westverschiebung‘ und von daher mit dem Schicksal ‚der‘ Ukraine verknüpft ist. Revolutionäre Völker stünden in einer vergleichbaren Situation, zu denen die Deutschen momentan eher nicht zählen, längst auf den Barrikaden, wofür die Ukrainer das beste Beispiel liefern! Die Deutschen warten lieber erst mal ab, um mit Wagenknecht und Höcke Tee zu trinken! Die wenigen Aufrechten werden dann auf X die drohende Katastrophe und die erlittenen Niederlagen gewiß kommentieren...

Oschmann, der mit seiner Ignoranz Politik und Geschichte gegenüber – von der Ökonomie ganz zu schweigen –, in seinem Buch voll und ganz ein Kind der DDR bleibt, versucht sich dieser Herkunft dadurch zu entziehen, daß er, dem ‚westlichen‘ mainstream folgend, deutsche Geschichtslosigkeit in postmoderne Identitätspolitik ummünzt:

(83) **»Vor diesem Hintergrund ist nicht „der Osten“ das Problem, sehr wohl aber die auf ihn bezogenen primitiven, durchweg negativen oder negativ konnotierten Attribuierun-**

gen, (sic!) **die unzähligen Simplifikationen, Insinuationen und Denunziationen, derer**«, wie er entnervt feststellt, **»ich einfach müde bin«**. Daraus leitet er, der Postmoderne folgend, das **»radikale Recht«** auf **»Des-Identifizierung«** ab, um nicht in den aus der DDR-Identität sich ergebenden Selbsthaß zu verfallen, **»weil der Osten nicht nur desidentifiziert, sondern auch desinfiziert werden muß, damit er aus der Schmutzdecke herausfindet, in die ihn der Westen zur Sicherung des eigenen Wohlbefindens erfolgreich verbannt hat«**, ...aber worin wir dem Autor und seinen **»Des-Identifizierung(sversuchen)«** in Richtung gesamtdeutsche völkische Folklore nicht noch weiter folgen werden! Woran sich aber am Ende politisch gezeigt hat, wie leicht inzwischen rechte und linke Identitäten *und* Identitäre miteinander austauschbar sind.

Interessanterweise hat vor dem 24. Februar 2022 in der gesamt-deutschen ‚Ost‘-Wahrnehmung ein ‚Osten‘ östlich von Oschmanns **»Osten«** nie ernsthaft existiert, es sei denn, verbunden mit der pauschalen Bezeichnung als ‚Ost-Block‘, aus dessen Anonymität nur jene Nationen herausragen, deren Völker einen Aufstand gegen das ‚östliche‘ Imperium gewagt haben: Polen, Ungarn, Tschechen und die Deutschen 1953 in der DDR. In dieser ‚politischen Geographie‘ kommt ‚die‘ Ukraine erst gar nicht vor, – es sei denn als ‚kleinrussische‘ Provinz Großrußlands, als dem einzig wahren **»Osten«**, als welcher dieser aber ausschließlich von den Nazis so bezeichnet wurde.

Oschmanns politische Geographie läßt sich bis zu dem Epoche machenden Aufsatz Josef Stalins **„Marxismus und Nationale Frage“** (1912), zurückverfolgen, in dem die vom Russischen Zarentum im Laufe der Jahrhunderte als ‚russische Erde‘ eingesammelten Völker und Nationen auch gerne – so auch in Stalins Aufsatz – als ‚Gebiete‘ und eher selten als Nationen bezeichnet werden. In diesem von Lenin in Auftrag gegebenen Aufsatz, mit dem der Antimperialismus der ‚Wessi-Linken‘ nie wirklich klar gekommen war, läßt sich mit ein Grund dafür finden, warum sich das Verhältnis des Kommunismus zur **„nationalen Frage“** – die Marxsche Partei bildet eine Ausnahme – zwischen Nationalismus und Anarchismus hin- und herschwankend, in diesem Verwirrspiel unendlicher Regresse verfangen geblieben ist.

22.04.

- Oschmann ist ein schlechter Meister(erzähler), dafür ein erfolgreicher Produzent antiwestlicher Ressentiments.
- Aus den ‚Befreiungsbewegungen der Dritten Welt‘ sind Unterdrücker-Nationen (wie Nicaragua) geworden und das faschistische Fußvolk der Axe China, Rußland, Iran.
- Der ‚Westen‘, der in Ostasien aus den ‚westlichen‘ Siegern über den Japanischen Imperialismus besteht, und der sich u.a. aus dem (‚westlichen‘) Japan, Südkorea, Taiwan, Australien u.a.m. zusammensetzt, befindet sich heute in der Defensive. Rußland, das mit dem faschistischen Überfall auf seinen Nachbarstaat Ukrajina an das Russische Zarentum ange-

knüpft hat, droht gestützt auf Kirche, Geheimdienste und Armee mit der Neuinszenierung der Weltherrschaftsambitionen des Russischen Zarentums.

– Oschmann erwähnt zwar irgendwo auch die Rebellion der DDR-Bevölkerung gegen den SED-Staat als willigen Befehlsempfänger der russischen Besatzungsmacht; die historischen Hintergründe, worauf die SED-Herrschaft beruhte, bleiben im Dunkeln. Der ‚Osten‘ ist seiner Ansicht nach bei der ‚Wiedervereinigung‘ vom ‚Westen‘ einfach schlecht behandelt worden, ohne daß von ihm jedoch wahrgenommen wird, daß das kein Einzelfall war.

– Es wird auch langweilig, dieses ständige Ossi-Gejammer! Auf Seite 70 wird **»der Krieg«** erwähnt (Oschmann meint den faschistische Krieg Rußlands gegen Ukrajina) und sogar die **»Revolution von 1989«** (Wow!), während die (ausschließlich *männliche*) Nachkriegsgeneration, oder **»die ostdeutschen Männer, ... der Jahrgänge 1945-1975 ... von den sozialen und leider auch öffentlich-rechtlichen Medien besonders gern als Wutbürger, AfD-Wähler, Nazis, Rassisten oder einfach als unzurechnungsfähige Primaten hergerichtet und zu gerichtet werden«**. (Die AfD wird's freuen...!) Dann, auf Seite 71 ff. sogar ein Häppchen Geschichte: die Konferenz von Jalta, auf der wegen der Verbrechen der Deutschen **»das Land von den Siegermächten geteilt«** und **»auch das Schicksal des Ostens entschieden wurde«**, während **»der Westen ... den Marshallplan ...und ...reeducation ...bekommen hat und sich weiter nach Westen integrieren durfte«**. Zur selben Zeit wurde der Osten zu Reparationen an die Sowjetunion verdonnert und dazu, **»40 Jahre unter realer Gewalt hinter dem Eisernen Vorhang zubringen«** zu müssen.

Und um auf Seite 72 nun auch selbst mit dem Ossi-Gejammer Schluß machen zu wollen, zitiert Oschmann aus Heinrich August Winkler: *Wie wir wurden, was wir sind*, 130:

„Es ist gar nicht einzusehen, daß auf Dauer nur der Osten die Folgen der von allen Deutschen verantworteten Nationalsozialismus ausbaden soll.“

– Wenn aber das und all das andere nicht mehr hilft, sollten Oschmann und Winkler vielleicht doch einfach *godpodin* Wladimir Wladimirowitsch anrufen und diesen um die Gewährung ausgleichender Gerechtigkeit bitten...!

(Kein guter Vorschlag?)

24.04.

Lügensender! Die IDF sind keine „Nazis“, die in Gaza einen „Völkermord“ an den Palästinensern verüben, sondern sie sind dort zwecks militärischer Vernichtung der islamo-faschistischen Hamas anwesend. Wer die Hamas dagegen als Befreiungsbewegung mißverstehen will, sollte sich dazu auch auf die (dazu passende) Genozid-These festlegen. (Er wird keine überzeugende finden) Beispiele für derartige Verwechslungsspiele liefert der arabisches Sender *Al Jazeera*, in dessen (englischsprachigen) Berichten aus Gaza die Palästinenser ausschließlich als *Opfer* des angeblichen israelischen *Völkermords* dargestellt werden – als welche sie im Einzelfall ja durchaus auch zu bezeichnen wären, wenn nicht vergessen würde, daß sie darin zugleich auch Opfer der Hamas sind, die sich ihrer als Schutzschild für ihre

Operationen bedient. Oder wo bleiben die ‚Kämpfer‘ jenes faschistischen Überfalls auf die israelische Zivilbevölkerung, die am 07.10. letzten Jahres epochemachend demonstriert haben, wie sie sich ihr zukünftiges Zusammenleben mit ‚den Juden‘ in Palästina vorstellen!? Nämlich gar nicht! Eins teilt sich in zwei! Hier nicht?

Wenn in Gaza angeblich ein gezielter *genocide* stattfindet, dann wäre das zumindest ein von *beiden* Seiten verübter *genocide*. So aber benutzt die Hamas Netanjahus mögliche Völkerrechtsverletzungen ausschließlich dazu, um ihre eigenen gezielt an Zivilisten verübten Mordtaten und Geiselnahmen (wie am 07.10. geschehen) als Befreiungskampf zu kaschieren bzw. dazu, die Israelis in die Enge zu treiben.

26.04.

Was die Devise der Scholz-Regierung zur Frage der Verteidigung von Ukrajina gegen den großrussischen Faschismus betrifft: soviel Waffen wie nötig, (wodurch das schlechte Image, das sich Deutschland im ‚Osten‘ erarbeitet hat, noch weiter beschädigt wird!) – aber so wenig Waffen wie möglich, besteht der tieferer Sinn dieser taktischen Überlegungen offenbar darin, daß Rußland in diesem Krieg auf keinen Fall eine strategische Niederlage erleiden dürfe. Ebenso versucht Scholz die Strategie der US-amerikanischen Supermacht zu kopieren, offenbar ohne sich völlig einzugestehen, daß Deutschlands Traum von der Weltmacht von den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs abrupt unterbrochen wurde und es sich am Ende der Schlange wieder einordnen darf. Eine strategische Niederlage Rußlands wäre daher aus vielerlei Gründen mit deutschen Interessen unvereinbar (aber auch so geringfügig wie möglich mit den Interessen der ‚westlichen‘ Schutzmächte Deutschlands) – egal, welche Konsequenzen sich aus dem faschistischen Überfall Rußlands auf Ukrajina für Deutschland und das ‚westliche‘ Europa noch ergeben werden! Statt einer wirksamen Landesverteidigung wird von dieser Regierung – worin sie sich im Prinzip nicht von ihrer Vorgängerin unterscheidet – für den Konfliktfall (und mit der Moskau-Connection als Strickmuster) der für die westdeutsche Bourgeoisie der geringst schä(n)dliche Landesverrat vorbereitet.

Es wird keinen Frieden mit Putins faschistischem Rußland geben, der kein fauler Frieden wäre, Herr Scholz!

Und hilft die ‚Wirtschaftswende‘ ‚der‘ Ukraine bzw. ‚die‘ Ukraine nicht auch der Wende der ‚westlichen‘ Wirtschaft in der momentanen Weltwirtschaftskrise? Und damit eine Seite der anderen, wie auch umgekehrt, darin, worin diese Hilfe, soll sie wirklich als Hilfe verstanden werden sein, für ‚die‘ Ukraine bestehen müßte?

27.04.

Nach 5 Jahren New Deal stand Roosevelts Wirtschaftspolitik Mitte der 30er Jahre vor dem Abgrund. Erst der Eintritt der USA in den Krieg gegen DLD und JAP und die dadurch ausgelöste Kriegswirtschaft verlangsamte die Krise. Absurderweise – oder der Logik der kapitalistischen Produktionsweise folgend – entscheidet der Krieg über Aufstieg und Niedergang der kapitalistischen Wirtschaft. Und allein der politische Charakter des Krieges wird darüber entscheiden, ob auch der Staat Bankrott geht und der Bankrott der politischen Institutionen vermieden werden kann.

29.04.

Und vergessen wir nicht, das große Geschenk, das der republikanische Kandidat für die Präsidentschaftswahlen in den USA seinem Gesinnungsgenossen Putin gemacht hatte, als er ein Gesetz im Abgeordneten-Haus monatelang verhinderte, das die überlebensnotwendige Lieferung von Waffen und Munition an Ukrajina (in ihrem Verteidigungskampf gegen den großrussischen Faschismus) blockiert hatte. Nicht allein in dieser Beziehung ist Trump das passende Gegenstück zu Scholz, da beide den nationalen Verteidigungskrieg der Ukrainer am liebsten zu einem drôle de guerre herabgestuft sähen.

30.04.

Das Grundgesetz der BRD, angelehnt an die US-amerikanische Verfassung und basierend auf den Verfassungen des Norddeutschen Bunds und der Paulskirche, ist gut gemeint, aber schlecht gemacht. Der Kantische Gesetzesstaat ist bei einem ernsthaften Vergleich mit der durch und durch ‚westlichen‘ Verfassung der USA leider nur halb soviel wert. Offenbar war die Wiedervereinigung aber nur unter diesen Voraussetzungen zu haben! (Alles andere wäre auch reichlich übertrieben gewesen, da sich die Vereinigung von BRD und DDR auf die gemeinsame Staatlichkeit beschränkt. Dazu fällt mir u.a. Bismarcks Norddeutscher Bund ein, den Marx trotz Bismarck gegen französische Verhinderungsversuche verteidigt.) Die demokratische Staatswerdung Deutschlands steht im heutigen Kampf gegen rechte und ‚linke‘ Entstaatlichungsversuche! Dabei war der gesamtdeutsche Souveränitätsgewinn in die Wiedervereinigung eingepreist und erlebt anlässlich des ‚Ukraine-Kriegs‘ nun seine erste große Bewährungsprobe. Der Zwei-Plus-Vier-Vertrag fixiert die Entstaatlichung von BRD und DDR in der von den Vier [!] Alliierten errichteten Berliner Republik, die in ihrer Bedeutung wahrscheinlich noch weit hinter dem Frieden von Münster zu positionieren sein wird. Also, nach wie vor weiterhin ‚vorwärts‘ ins Mittelalter!

Mai 2024

03.05.

FAZ: **Bodo Ramelow ist keine Gefahr für die Demokratie** (02.05.), meint der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Daniel Günther (CDU), in einem Interview mit der FAZ, von der ihm am Ende die Frage gestellt wird, ob die CDU, wenn sie **»eine Kooperation mit der AfD«** ablehne, sie das auch weiterhin **»mit der Linkspartei«** so halten werde, oder wenn nicht, wie **»ein Land wie Thüringen dann demnächst noch regierbar sein soll?«**

Günther: Die CDU mache keine gemeinsame Sache mit der AfD. Aber Linke und AfD könne man auch **»nicht miteinander gleichsetzen«**. Er habe immer gesagt, es gebe: **»keine Äquidistanz zur Linkspartei und zur AfD, und Bodo Ramelow«** sei **»keine Gefahr für die Demokratie«** und außerdem **»ein kluger Mensch«**, den er schätze und der als Ministerpräsident mit allen Kollegen zusammengearbeitet habe.

Auf die Frage nach einer Koalition mit der Linkspartei betont Günther dagegen die extrem große Distanz zwischen jener und der CDU, die ihn nicht dazu veranlasse, mit ihr eine Koalition anzustreben. **»Aber es ist schon ein Unterschied, ob ob man jemanden wie Björn Höcke als Spitzenkandidaten hat und eine Partei, ...die als gesichert rechtsextrem beurteilt wird, oder eine Partei, die seit vielen Jahren, den amtierenden Ministerpräsidenten stellt«**. Günther könne sich in Zukunft für Thüringen zwar auch andere Weichenstellungen vorstellen, aber: **»Weder wurde die Demokratie in Thüringen in den vergangenen zehn Jahren abgeschafft, noch war sie gefährdet. Das ist mit der AfD jetzt anders.«** Auf der Suche nach einem Koalitionspartner würde sich Günther jedoch von einer Kooperation mit der AfD, gleichgültig in welcher Form, distanzieren.

Dennoch wird Günther bei dieser Einordnung ‚der Linken‘, auch wenn man sich die Koalitionsbildung von vor fünf Jahren vor Augen führt, die in erster Linie Höckes Nazis gestärkt hatte, inzwischen erst recht Probleme bekommen; nicht wegen der Einhaltung der von der CDU erklärten Distanzierung von der AfD, sondern wegen der Positionierung Günthers im Falle der zu erwartenden Spaltung der Partei Die Linke, die zum Zeitpunkt dieses Interviews bei ihm aber noch nicht angekommen war. Denn das hieße, daß Günthers CDU es plötzlich mit zwei Linken Parteien zu tun bekäme, während sie bisher davon ausgehen konnte, daß die Äquidistanz zu Höckes Rechter und Ramelows Linker nicht mehr unbedingt notwendig sei, weil deren Notwendigkeit durch Ramelows ‚westliche‘ Demokratisierung so gut wie aufgehoben wurde und damit eine engere Zusammenarbeit mit Der Linken durchaus möglich sei, während sich nach der möglichen Abspaltung des BSW von der Partei Die Linke das

alte Äquidistanz-Problem erneut stellen würde.

Es sei **»schon ein Unterschied, ob man jemanden wie Björn Höcke als Spitzenkandidaten hat und eine Partei, die vom Verfassungsschutz ... als gesichert rechtsextrem beurteilt wird«** oder eine Partei, die den Ministerpräsidenten gestellt hat. Daraus ergebe sich auch, daß in den vergangenen 5 Jahren weder **»die Demokratie in Thüringen ... abgeschafft«** worden, noch gefährdet gewesen sei. **»Das ist mit der AfD anders.«**

Hier wäre inzwischen nach Höckes Coup vor 5 Jahren gegen CDU und FDP hinzuzufügen, daß durch ein Bündnis der CDU mit Ramelow – bzw. Ramelows mit der CDU –, wenn beide den Aufstieg Höckes in der AfD und diese als mögliche NS-Nachfolgerin ernst genommen hätten, bereits damals die drohende ‚Machtergreifung‘ Höckes hätte verhindern oder zumindest verzögern können. Aber lieber stichelten die rotrotgrünen Antifas im SED-Stil an der CDU als angeblich ‚natürlichem‘ Bündnispartner der AfD herum, gegen die sie sich ‚antifaschistisch‘ profilieren wollten, als sich die heute ‚dem Westen‘ aus Putins ‚Osten‘ vorhersehbar drohende Gefahr bewußt zu machen und anstatt sich gleichzeitig, als nichts anderes mehr half, als Minderheitsregierung von der angeblich ‚faschismus-verdächtigen‘ CDU dulden zu lassen. Welch eine Schizophrenie!

Zwar steht zum Zeitpunkt dieses Interviews mit Günther die offizielle Partei-Gründung des Bündnisses Sahra Wagenknecht (BSW), die wegen der Europaparlamentswahl im Eiltempo erfolgen mußte, zwar unmittelbar bevor. Aber zumindest war abzusehen, daß durch die Gründung einer ‚linkeren‘ (bzw.: putinistischeren) Linken als die Partei Die Linke (2019: 31,0%, CDU 21,7%) sich die Äquidistanz-Konstellation mit der bisherigen Partei Die Linke von selbst erledigt haben könnte. Günther geht in diesem Interview – was nicht gerade für seinen politischen Weitblick spricht – weiterhin von einer einzigen und durch den Ramelow-Effekt ‚westlich‘-demokratisch weißgewaschenen und gestärkten Linken aus, die sich wegen der Duldung der Thüringischen Minderheitsregierung durch die CDU an diese zunehmend angepaßt hatte. Bei der Europaparlamentswahl erhält die Wagenknecht-Partei (BSW) auf Anhieb 6,2 % (die Linke 2,7 %)! Spätestens von diesem Zeitpunkt an richtet sich in ‚den östlichen Bundesländern die Parole ‚Wir sind das Volk‘ nicht mehr gegen die SED bzw. den SED-Nachfolger, sondern pauschal gegen ‚den Westen‘ und gegen ‚westliche‘ Politik überhaupt! Welchen Platz in dieser neuen Konstellation dann noch die Partei von Günthers Bundesratskollege Ramelow einnehmen wird, ist relativ bedeutungslos. Zur Bestätigung dessen hätte sich Günther vielleicht noch einmal die Taktierereien Ramelows vor 5 Jahren in Erinnerung rufen sollen, wo dieser vorgebliche ‚Antifaschist‘ statt einer Einheitsfront gegen den – keineswegs völlig unvorhersehbaren – und wie die Corona-Seuche sich ausbreitenden neuen Faschismus der 30%-Partei zugeschaut hat. (Vgl.: BLogbuch 05.02.2020.)

Die Anziehungskraft, die die ursprünglich als ‚rechtskonservativ‘ angetretene AfD unter dem Einfluß des Höcke-Flügels und russischen Geldes zu einer ‚modernen‘ Naziartei hat mutieren lassen, heute auf die ‚ostdeutschen‘ Wähler ausübt, verwundert dann vielleicht weniger, wenn man sich die historischen Wurzeln der SED-Herrschaft vor Augen führt, mit deren faschistoidem Charakter sich die DDR-Bevölkerung nach dem 17. Juni (1953) und dem Mauerbau (1961) hatte arrangieren müssen. Diese könnten, so man will, bereits auf die im BVG-Streik (1932) von der KPD eingegangene ‚Aktionseinheit der Arbeiterklasse‘ mit der NSDAP zurückverfolgt werden. Eine Politik, die im Hitler-Stalin-Pakt, Stalins Verrat von Katyn und in der bewußten Zurückhaltung der auf dem Ostufer der Weichsel stehenden Sovetskaja Armija dem jüdischen Aufstand im Warschauer Ghetto gegenüber – um nur einige Stationen des offenen Verrats zu nennen, gipfelte. Stalins Arrangement mit ‚dem System‘ wird auf DDR-Familien zweifellos eine stärkere Wirkung ausgeübt haben als auf ihre ‚Brüder und Schwestern‘ im ‚Westen‘ (siehe Oschmann, 18.04; 22.04.). Geprägt von dieser Tradition scheint es den ‚Ossis‘ aber dann auch ziemlich egal gewesen zu sein, ob sie es bei Putin und seinem Quisling, Höcke mit waschechten Faschisten zu tun haben. Hauptsache, die Katze fängt Mäuse. Und wer das immer noch nicht akzeptiert, dem könnte Sahra Wagenknecht überzeugend erklären, warum Iosip Wassarionowitsch Putin doch in Wirklichkeit ein so ‚friedensbewegter‘ und ‚lupenreiner Demokrat‘ ist. Damit war Günthers Traum von der ‚westlich‘ demokratisierten Linken als politisch ernstzunehmender Bündnispartner geplatzt.

Fazit: anstatt das Äquidistanz-Problem durch ein Bündnis gegen Höckes Neuen Faschismus aus der Welt zu schaffen, hatten Merkels CDU und Ramelow's Antifas jeder für sich gehofft, Höcke mit Hilfe der dazu passenden Gesinnungsethik aus dem Feld zu schlagen; stattdessen haben sie ihn, nachdem ihm CDU und FDP auf den Leim gegangen waren, erst richtig hochgepöppelt, weil sie – unter lautstarken politisch sinnentleerten Antifa-Parolen – anstatt eine anti-faschistische Einheitsfront mit CDU und FDP einzugehen, offenbar meinten, dadurch Höckes Nazis klein zu halten oder mit ihrem ‚linken‘ Antifaschismus das politische Terrain streitig machen zu können. Dieses haben sie für Höckes Neuen Faschismus erst richtig plan gemacht und mit politischen Satyrspielen gerade jene Situation heraufbeschworen, die Deutschland, angefangen bei den östlichen Bundesländern, step by step immer Putin-freundlicher gestalten wird. Dazu haben Ramelow, CDU und FDP, alle ihr Scherflein beigetragen und die Bundeskanzlerin böse Miene zu einem noch böseren Spiel – mehr war politisch halt nicht drin! – machen lassen.

07.05.

Der Streit um die Erhaltung und Bewahrung russisch-ukrainischer Denkmäler wird auf ähnliche Weise geführt, wie nach 1991 die deutsche Kulturpolitik verpackt war: Kultur der Sieger!? An diesem Punkt wäre Oschmanns, wenn auch völlig überdrehte Kritik am ‚westli-

chen' DDR-Bashing vielleicht sogar zuzustimmen: Wieso hätten ‚Erichs Lampenladen‘ und auf der andern Straßenseite das DDR-Museum im Zeughaus nicht auch als Denk- und Mahnmal und als typische Charakteristika der DDR-Geschichte erhalten bleiben sollen? Sowie als Negativbeispiele der gemeinsamen Vergangenheit, als der ‚Osten‘, nachdem er Pleite gegangen war, sich notgedrungen für den ‚Westen‘ entscheiden mußte? Wieso sind KZs in ihrem äußeren Erscheinungsbild als Mahnmale faschistischer Barbarei sinnvollerweise erhalten geblieben, warum nicht auch charakteristische Einrichtungen des SED-Staats? (Wozu übrigens in ausgewählten zentral gelegenen Abschnitten die Mauer gehört hätte!) Woran sich erneut das reduzierte historische Interesse der deutschen Bourgeoisie an Mahnmalen als negativen Beispielen zeigt. ‚Positive‘, wie das Hermannsdenkmal oder das Völkerschlachtdenkmal gibt es genug!

Julja Nawalnaja: Putin ist ein **„Lügner, Dieb und Mörder, das heißt zumindest ein Schwerstkrimineller“**.

Nachwort: Gegen meinen Vorschlag zur Erhaltung von negativen ‚Kulturdenkmälern‘ aus der ehemaligen DDR ist einzuwenden, daß offenbar niemand sonst auf diese Idee gekommen ist; vielleicht auch, weil dies ein höher entwickeltes Selbstbewußtsein und die entsprechende Selbstironie vorausgesetzt hätte, über die andere Nationen verfügen – dem entgegen stand 1989 der panikartige Impuls von: ‚Nichts wie weg hier!‘ Da es an einem solchen Selbstbewußtsein fehlte oder, soweit vielleicht sogar vorhanden, nicht weiter auffiel, paßt dazu, zweitens, daß ein Vorschlag wie dieser wohl auch eher zu der von Oschmann kritisierten ‚Wessi‘-Arroganz passen würde, mit der den DDR-Bewohnern hat vorgeschrieben werden sollen, wie sie sich mit ihrem ‚Regime‘ und deren musealen Überresten auseinanderzusetzen hatten. Um aber, drittens, dieser Wessi-Manie zu entgehen, sollten die ‚Wessis‘ den Osis dann auch zugestehen, daß sie aus Gründen des Selbstschutzes über Peinlichkeiten wie Erichs Lampenladen oder die Ausstellung im Zeughaus schlicht hinwegsehen durften – ohne die heutigen ‚politisch‘ inspirierten Peinlichkeiten, wie ‚die Wippe‘ vor dem ehemaligen Palast der Republik als Alternative und als angemessen empfinden zu müssen!]

08.05.

Putin will, zunächst reduziert auf die europäische ‚Ebene‘, den Kalten Krieg aus der Zeit von vor 40 Jahren reaktivieren und die USA in diesen einbeziehen, was für China eine Doppeldeutigkeit enthielte, weil darin eine Stärkung Rußlands in Europa enthalten ist, die China nur bedingt akzeptieren wird. Das alles würde auf einen neuen, zunächst auf Europa begrenzten Kalten Krieg hinauslaufen.

Putin ist zwar ein **„Lügner, Dieb und Mörder“** (Nawalnaja), aber kein Hasardeur!

11.05.

Innere und äußere Widersprüche: Aus den inneren Widersprüchen entstehen die Weltmarktkrisen des Kapitals. Der gegenwärtig dominierende äußere Widerspruch besteht zwischen dem ‚weißen‘ und dem ‚colored racism‘, also zwischen dem ‚westlich‘ kapitalistischen Norden und dem ‚globalen Süden‘ (der vom ‚globalen‘ Osten dominiert wird, dessen Staaten die Axe bilden). Diese ist gegen ‚den‘ Westen (USA-EU-Israel-Japan-Australien) gerichtet. Aktuell wird sich entscheiden, ob der äußere den inneren Widerspruch dominiert oder umgekehrt. Zwar ist letzten Endes alles von den inneren Widersprüchen abhängig, was die anti-‘westliche‘ Seite aber nicht daran hindert, sich gegen ‚den Westen‘ der vorhandenen äußeren Widersprüche zu bedienen, um selbst mit den für sie nicht lösbaren inneren Widersprüchen zurechtzukommen.

13.05.

Die genderistische Linke will unter allen Umständen dem Satz von Friedrich Engels aus dem Wege gehen, der besagt, daß die Frau Kinder **„produziert“**, wodurch sie sich schon allein darin von den Männern unterscheidet. Diese Tatsache wird von den Genderisten umgangen; und damit das Vorhandensein des weiblichen Geschlechts.

14.05.

Angeblich diffamieren alle, die von einer ‚binären‘ Einteilung der Geschlechter ausgehen, die Multi-Geschlechtlichkeit, die von den Genderisten gegen die Binarität des Geschlechts in Anspruch genommen wird. Die Verfechter der Binarität des Geschlechts – einer keineswegs nur rein menschlichen Besonderheit – negieren angeblich **„die Vielfalt der Geschlechter“**, während die Genderisten diese Behauptung mit anti-binärem Gender-Terror verbinden. Eine in ihrer Absurdität kaum noch zu toppende Behauptung und Ausdruck der gegen die proletarische Kulturrevolution gerichteten kulturellen Konter-Revolution!

19.05.

Karl R. Popper:

- Der ‚Marxismus hat mit Marx nix zu tun; er ist eine links-sozialdemokratische Sumpfblüte.
- Der Marxismus hat sich folgerichtig zum ML entwickelt, der wiederum kaum noch etwas mit Lenin zu tun habe.

Poppers Marx-Kritik wäre daran zu messen, ob er darin anerkennt, daß Marx und Engels die abendländische (= klassische) Staatstheorien dergestalt umgestürzt haben, daß sie im Unterschied zu den Klassikern der politischen Ökonomie Staat und Wirtschaft nicht dualistisch aufspalten und voneinander trennen, sondern die Beziehung zwischen beidem (Hegel: =

Gesellschaft!) vom Kopf auf die Füße stellen, sodaß die Platonschen Antinomien ihre Wirksamkeit verlieren.

20.05.

Der Haftbefehl des IStGH gegen Benjamin Netanjahu atmet denselben Geist wie die Wutausbrüche Putins, die den Eindruck entstehen lassen, die von ihm überfallenen Staaten hätten den Überfall allein durch ihr pures Da-Sein provoziert.

25.05.

Lektüren

Ilko-Sascha Kowalczuk: *Walter Ulbricht I* (2023):

(185) »Paul Levi schrieb am 3. und 4. April 1921 die Broschüre „Unser Weg. Wider den Putschismus“, die am 15. April zu seinem Parteiausschluß führte. Der einstige Parteiführer hatte die Märzaktion als anarchistisches und unmarxistisches Treiben gegeißelt, die Vormundschaft der Komintern scharf kritisiert, die VKPD als isolierte, nicht nur von den Arbeitermassen losgelöste, sondern gegen deren Interessen agierende Partei und den Aufstand als sinnloses, unorganisiertes und uninspiriertes Unternehmen hingestellt.«

Zur gleichen Zeit wie die Märzaktion erfolgt die Niederschlagung des Aufstands von Kronstadt durch Lenin und Trotzki.

Eine knappe Mehrheit in der VKPD stimmt gegen Levis Kritik an ihrer Offensiv-Theorie. Zetkin stimmt für Levi. Dieser »...sprach sich nicht prinzipiell gegen einen Aufstand aus, nur müßte ein solcher straff organisiert, auf der Mehrheit der Arbeiter basierend und konsequent geführt werden.«

(200) Auf dem Parteitag der VKPD im August 1921 in Jena beantragt die Gruppe Levi, „angesichts der Hungersnot in Rußland auf jede weitere finanzielle Unterstützung von dort zu verzichten und die russischen Genossen zu bitten, die für die deutsche kommunistische Bewegung bestimmten Summen für die Verhungerten im eigenen Lande zu verwenden“. Den Berichten der Politischen Polizei ist, so Kowalczuk, zu entnehmen, daß sie diesen Antrag für bemerkenswert hält, weil dessen Ablehnung bedeute, daß die KPD nur auf den Krücken Moskaus weiter existiere...

Folgt der Leser dieser zweibändigen Biographie dem weiteren Weg Ulbrichts zum späteren Parteivorsitzenden der SED, erweisen sich die angeblichen ‚Krücken Moskaus‘ noch als harmlose Untertreibung: Ulbricht wird auf seinem Weg zum Manager der ‚Weltrevolution‘, die, als sie 1939 mit dem Hitler-Stalin-Pakt kollidiert, eingestellt wird, um nach Hitlers Überfall auf die Sowjetunion als Antifaschistische Einheitsfront wieder zum Vorschein zu

kommen.

Paul Levi stürzt, siehe Wikipedia (2024), 1930 **»unter ungeklärten Umständen aus dem Fenster seiner Dachgeschoßwohnung«**. Diese Wohnung habe ein bis zum Boden reichendes Fenster gehabt, das sich nach außen öffnen ließ... (sic!)

(201) Im August 1921 wird der Zentrumspolitiker und einer der wichtigsten Finanzexperten, Erzberger, von **»rechtsradikalen Tätern«** ermordet. Am 31. August findet daraufhin im Lustgarten eine Demo mit 500.000 Teilnehmern statt. Die KPD verhält sich, so Kowalczyk, ausnahmsweise einmal zahm und friedlich. Man dachte sogar über eine Einheitsfront von SPD und USPD gegen Rechts nach. Nach Ulbrichts Ansicht steuere die Republik auf eine monarchistische Konterrevolution und die Errichtung einer Militärdiktatur zu.

Als ob die Friedliche Koexistenz Noskes mit dem Preußischen Generalstab 1918 nicht von vornherein das ganze Dilemma der November-Revolution und der Weimarer Republik offenbart hätte, das mit der Ermordung Luxemburgs und Liebknechts die Fortexistenz Preußens in einer Schein-Republik bestätigte! Zwar bekamen Republik und Bourgeoisie durchaus einige 'westliche' Freiheiten zugestanden, damit 'die Wirtschaft' wieder in gang kam, und der Schluß nahe liegen konnte, daß diese Republik mit ihren zutiefst verpreußten bürgerlichen Schein-Revolutionen dennoch mit der Vergangenheit abgeschlossen habe. Aber der Weg vom Mordanschlag auf die Führer der November-Revolution zum Handschlag Hindenburgs mit Hitler bestätigte die in Deutschland und gleichermaßen Rußland tief verwurzelten konterrevolutionären Gemeinsamkeiten, die 1939 zum Pas de deux Hitlers und Stalins geführt und Europa aus der 'westlichen' Demokratie abgemeldet hatten. Diese katastrophale Politik war keineswegs vom Himmel gefallen.

Juni 2024

01.06.

Der polare Süden vs. den bösen ‚Westen‘!

Lektüren

Helga Baumgarten: *Kampf um Palästina – Was wollen Hamas und Fatah* (2013):

(29) »Die palästinensische Nationalcharta von 1964 wurde 1968« nach der Schlacht von Karama durch folgenden Absatz geändert: »Der bewaffnete Kampf ist der einzige Weg zur Befreiung Palästinas« verbunden mit dem Ziel seiner »vollständigen Befreiung«. Zwischen 1968 und 1971 vertrat die von Yasir Arafat gegründete Al Fatah, (*harakat at-tahrir al-watani al-Filastini* = Bewegung zur nationalen Befreiung Palästinas) und inspiriert durch das revolutionäre Beispiel Chinas und Vietnams, (26) die Vision eines gemeinsamen demokratischen Staats »für alle drei im Lande vertretenen Religionsgemeinschaften, ...also Muslimen, Christen und Juden« (30), der Gründung eines gemeinsamen nationalen Staats in einem befreiten friedlichen Land, worin »palästinensische Juden wieder Seite an Seite leben werden mit den ursprünglichen Besitzern des Landes, den arabischen Palästinensern«.

(40,41) Ausgehend vom Jom-Kippur-Krieg (Oktober 1973) und dem Friedensvertrag zwischen Ägypten und Israel begann in der Fatah »ein Umdenkungsprozeß, weg vom bewaffneten Kampf und dem alten Maximalziel«, hin zur Bildung eines palästinensischen Kleinstaats basierend auf dem Teilungsbeschluß der UN von 1947 und dem »Massenaufstand der Bevölkerung gegen das Besatzungsregime« in der West Bank und im Gaza-Streifen.

(43) Damit »...wurde es möglich, einen Staat zu proklamieren, der im Akt der Proklamation einen historischen Verzicht der Palästinenser auf den größten Teil ihrer historischen Heimat mit einschloß«.

(46) »Die Fatah wollte einen eigenen Staat für die Palästinenser, nicht anders als die anderen Staaten in der Region, und für die real existierende traditionale, religiös geprägte palästinensische Gesellschaft. ... Ohne Yasir Arafat wäre die Entscheidung der PLO für einen palästinensischen Kleinstaat neben Israel kaum durchsetzbar gewesen. Auch das Hintanstellen und schließlich die Aufgabe des gewaffneten Kampfs ist Teil der Politik Arafats gewesen, die er in der Fatah und in der PLO durchsetzen konnte. Einen ebenbürtigen Gegner fand er erst in der Hamas.«

(47) Die Fatah betrachtet nicht die Juden als ihren Gegner, sondern den Staat Israel, die zionistische Bewegung und die kolonialistischen Siedler in der West Bank.

(48) »Die Hamas, die... 1987 die politische Bühne betrat, vertrat eine all dem diametral

entgegengesetzte Ideologie.« Ihre Gründer: die Muslimbrüder in Gaza unter Scheich Ahmad Yassin. Der Anlaß: die Intifada der Palästinenser gegen die militärische Besetzung der West Bank und von Gaza durch die Israelische Armee. Die Orientierung: unmittelbare Anlehnung an die Muslim-Brüder Hassan al-Bannas. (Hamas = wörtlich: der *Eifer* und die Abkürzung von: *harakat al-muqawama al-islamiya* = Bewegung des islamischen Widerstands).

(49,50) Hamas-Flugblatt Anfang 1988: „**Die Intifada unseres standhaften Volkes im besetzten Gebiet kam als klare Ablehnung der oppressiven Besatzung, als Ablehnung der Landenteignungen und des Baus von Siedlungen, als Ablehnung der Unterdrückungspolitik seitens der Zionisten. Sie kam als Appell an das Gewissen all derer in unserer Mitte, die nach einem mickrigen Frieden lechzen, nach sinnlosen internationalen Konferenzen, nach dem Verrat separatistischer Versöhnungen wie dem von Camp David. Die Intifada kam, um sie zu überzeugen, daß der Islam die Lösung und die Alternative ist. Nehmt Eure Hand von unserem Volk – von unseren Städten – von unseren Flüchtlingslagern – von unseren Dörfern – unser Kampf mit Euch ist ein Glaubenskampf, ein Kampf um die Existenz, ein Kampf um das Leben.**“

Die Islamisten der Hamas haben, anders als die Fatah, keine Probleme mit der sog. ‚nationalen Frage‘, schon allein deshalb, weil sich diese Frage in einem Gottesstaat erst gar stellt. Wenn in einer Presseerklärung der Fatah von Januar 1968 (29) von den »**ursprünglichen Besitzer(n) des Landes**« die Rede ist, waren damit im Idealfall das Volk der Palästinenser gemeint. Was die Wurzeln der Hamas betrifft, sind die bei den Familienchefs palästinensischer Grundeigentümer (Agas) im 1918 untergegangenen Osmanischen Reich zu suchen, die als Provinz-Chefs an den Verwaltungsbemühungen des Kalifats beteiligt wurden, woraus sich der antiimperialistische Anspruch einer nationalen Befreiungsbewegung wohl eher nicht ableiten läßt. Von daher liegt die ersatzweise Begründung eines solchen Anspruchs durch die Religion nahe, die auf die Bildung eines Gottesstaats hinausläuft, d.h. auf eine religiös begründete Autokratie. Statt ‚westlicher‘ Demokratie orientalische Despotie! Somit hat sich im Laufe der letzten Jahre eben diejenige Sekte in den Vordergrund spielen können, die das radikalste Programm zur Erreichung dieses Ziels zu vertreten scheint.

Dieser Antagonismus zwischen Staat und Religion, Gottesstaat und ‚westlicher‘ Demokratie mußte besonders in den ‚westlichen‘ Staaten, in denen die vollständige Trennung zwischen Staat und Religion – so auch in Deutschland – noch nicht stattgefunden hat, bisher ‚um des lieben Friedens willen‘ hingenommen werden, selbst wenn der Gottesstaat den säkularen ‚westlichen‘ Staatsauffassungen elementar widerspricht und von von dessen Vertretern die Vernichtung des (‚ungläubigen‘) ‚Westens‘ gepredigt wird. Alle Versuche, den ebenfalls auf der Errichtung seiner Weltherrschaft ausgerichteten Islam in die ‚westliche‘ Demokratie ‚integrieren‘ zu wollen, werden scheitern, solange die Trennung zwischen Staat und Religion nicht auch im ‚Westen‘ zu Ende geführt worden ist. Und was in dieser Beziehung Deutsch-

land betrifft, wäre zu fragen, warum die NPD (Nationaldemokratische Partei Deutschlands), sollte sie zu größerem Einfluß gelangen, als faschistische Organisation verboten werden sollte, Organisationen, die mit dem Slogan ‚From the River to the Sea‘ offen die Judenvernichtung und die Vernichtung des ‚Staates Israel‘ besingen, toleriert werden müssen, solange ihre Aktionen nur (einzel)gerichtlich verboten werden?

(73) **»Die Hamas dagegen hatte mit ihrer Forderung nach der Zerstörung Israels bzw. nach der Errichtung eines islamischen (palästinensischen) Staates anstelle Israels, mit ihrer durchgängig antisemitisch bestimmten Zeichnung des politischen Gegners Israel und mit ihrem religiös-nationalistischen Diskurs kaum eine Chance, internationale Unterstützung zu finden...«** Zur selben Zeit (1988) stand, so Baumgarten, die Fatah mit Beginn der Intifada auf dem **»Höhepunkt einer langen programmatisch-politischen Entwicklung«**, während die Hamas gerade ihre ersten Schritte in die Politik unternahm. Dieses Verhältnis hat sich vollständig umgekehrt, wobei die Hamas vieles von der Fatah und anderen Teilen der Palästinenser in ihr Programm aufgenommen und sich als der eindeutige Sieger im politischen Überlebenskampf erwiesen hat. Und was die Positionierung der Hamas zum antiimperialistischen Befreiungskampf und zur palästinensischen Nation betrifft, ist der Befund eindeutig:

(77) **»Ist die PLO berechtigt, das Programm eines palästinensischen Kleinstaates zu adoptieren, die Palästinenser dafür zu mobilisieren und damit auf den größten Teil des historischen Palästina (sic!?) zu verzichten? Die Hamas lehnte dies mit rein religiösen Argumenten ab: Da Palästina eine waqf ist, also eine unveräußerliche religiöse Stiftung, kann die PLO nicht frei darüber verfügen.«**

Wenn aber die Position der Hamas nicht von dieser Welt ist, müßte sie sich ihrerseits fragen lassen, was sie dann als religiöse Organisation in der Politik verloren hat. Da in der westlichen Welt die notwendige und historisch unvermeidliche Trennung der weltlichen von den religiösen Dingen – dazu hat sich die ‚westliche‘ Bourgeoisie auf den Vatikan ‚Gottesstaat‘ als exotischer Ausnahme geeinigt – seit mehr als 500 Jahren stattfindet, läßt sich die Politik der Hamas gut und gerne als klerikal-faschistisch bezeichnen. Insofern ist Baumgartens Wiege-Wage-Position zur Hamas ziemlich unerträglich, und dies vor allem nach dem von der Hamas und ihren Anhängern verübten Judenpogrom vom 07.10.23 in Gaza.

Während sich die ‚westliche‘ Linke in Deutschland schützend vor die Hamas stellt und diese angeblich gegen Angriffe ‚von Rechts‘ verteidigt – wobei alles, was ‚Rechts‘ ist, nur deshalb ‚rechts‘ ist, weil es nicht ‚links‘ ist, sodaß die Hamas, weil sie von ‚Rechts‘ bekämpft wird, per definitionem ‚links‘ sein muß –, ist die Linke nicht bereit zuzugeben, daß hier zwei faschistische Organisationen miteinander im Clinch liegen: eine national-religiöse mit einer national-sozialistischen, die *beide* die Hegemonie über die Welt und den Weltmarkt und gegen ‚den Westen‘ anstreben.

Da aber die Hamas ausgehend von ihrem klerikal-faschistischen Gottesstaat eine Zwei-Staaten-Lösung ebenso wie auch das Oslo-Abkommen ablehnt, ist das ähnlich wie das Umschlagen des großrussischen Sozialimperialismus sowjetischer Prägung in den (Sozial-)Faschismus à la Putin zu verstehen. Arafats Gewaltverzichtserklärung hätte in beider Interesse auf der Gegenseite eine israelische Regierung benötigt, die diesen Verzicht entsprechend gewürdigt hätte. Aber bisher lehnen die Regierungen Israels eine palästinensische Staatsgründung nach dem Vorschlag der UN ebenso ab, wie das, wie wir sahen, die Hamas tut: beide wollen auf keinen Teil Palästinas verzichten, wobei unklar ist, was jeder genau darunter versteht.

04.06.

Studentenbewegung: Kampf für den Schutz von Minderheiten gegen den übergriffigen Staat... § 175: eine politisch und strafrechtlich verfolgte Minderheit, deren sexuelle Praktiken nicht nur gegen das angebliche ‚gesunde Volksempfinden‘ verstoßen, sondern die sich damit auch ‚strafbar macht‘. Nach der durch die revolutionären Kämpfe der ‚Studentenbewegung‘ der 70er Jahre erzwungenen Abschaffung dieses Paragraphen, der die (hauptsächlich zwischen Männern stattfindende) Homosexualität bis dahin unter Strafe stellte, erklärte sich nun eine weitere Gruppe wegen ihres von der Norm(alität) abweichenden Verhältnisses zur Sexualität als diffamiert: die Gruppe derjenigen, die das Gefühl (zu) haben (behaupten), sich mit ihrem angeborenen (‚natürlichen‘) Geschlecht im falschen Körper zu befinden. Mit diesem Gefühl laufen die Angehörigen dieser Gruppe in den meisten ‚westlichen‘ Demokratien zwar nicht Gefahr, (wie in vom Islam beherrschten Ländern) politisch verfolgt zu werden, dafür erleben sie den Druck gesellschaftlicher Geringschätzung und Verachtung als persönliche Diffamierung, durch den sie sich gezwungen sehen, um einem Leben im gesellschaftlichen Halbschatten zwischen den beiden Geschlechtern zu entfliehen, eine Geschlechtsumwandlung vornehmen zu lassen. Das Verhältnis dieser Gruppe beiderlei Geschlechts zur Sexualität steht in den ‚westlichen‘ Demokratien (offiziell) nicht unter Strafe, die Diffamierungen und Herabsetzungen, die sie wegen des von ihnen so empfundenen ‚falschen‘ Geschlechts erfahren, gehören aber in die Abteilung Zivilrecht und nicht, wie vor ‚1968‘, in die des Strafrechts.

Wenn also der Ampel-Staat spezielle gesetzliche Maßnahmen zum Schutz dieser Minderheit beschließt und diesen zum wesentlichen Bestandteil seiner Kulturpolitik macht, schützt er damit niemanden; es entsteht viel eher der Eindruck, daß die Interessen einer Minderheit über die der Allgemeinheit gestellt werden. Das gefundene Fressen und ein hervorragender Anknüpfungspunkt für Demagogen von der faschistischen Rechten, die geleitet von ihrem Sponsor Putin vor Freude quietschen möchten über so viele frei Haus gelieferte Instrumente für politisch als unsinnig empfundene Spaltungen der ‚westlichen‘ Gesellschaft. Und verbunden mit der Stiftung absurdesten politischer Verwirrungen im

Gefolge grün-linker Reformpolitik.

Die ‚westliche‘ Linke, die wegen ihrer politischen Unbedeutendheit Konflikte wie diesen nur zu gerne politisch aufbläst, damit wir uns als ihre potentiellen Wähler daraus befreien, hat es inzwischen geschafft, die medizinische Lösung für die Beseitigung der Diskrepanz zwischen dem gefühlten Geschlecht und dem falschen Körper auf immer jüngere Patienten auszudehnen und dabei in Kauf zu nehmen, daß profit-tüchtige Kliniken und Ärzte an den Geschlechtsorganen Heranwachsender nach Belieben herumschnippeln dürfen... Allerspätstens hier verwandelt sich das Engagement für die soziale und politische Akzeptanz gesellschaftlicher Minderheiten in ein Verbrechen an den Jugendlichen beiderlei Geschlechts, denen vom Staat und den Erziehungsberechtigten nicht die Zeit gelassen wird, eine derart folgenreiche Entscheidung über das künftige ‚soziale Geschlecht‘ auf die Zeit nach der Pubertät zu verschieben, um danach eine endgültige Entscheidung zu treffen.

Aus dem kulturevolutionären Widerstand gegen die strafrechtliche Verfolgung sexueller Minderheiten ist eine Bewegung der ‚westlichen‘ Linken entstanden, die inzwischen Denkverbote zur Binarität des Geschlechts der menschlichen species erläßt, diese für überholt erklärt und die die Pluralität der Geschlechter über deren Binarität gestellt hat: aus der Vielfalt sexueller Praktiken wurde eine umfassende Taxonomie von aus der Art ihres Geschlechtsverkehrs abgeleiteten ‚sozialen‘ Typen entwickelt, die ständischen Vorstellungen nahekommt... Da politische Hochstapeleien wie diese auf keine ernstzunehmender Kritik stoßen, bleibt es allein der faschistischen Rechten überlassen, gegen den staatlich organisierten linken Mummenschanz vom Standpunkt des ‚gesunden Volksempfindens‘ ausgehend zu intervenieren, um sich für ein ‚gesundes‘ Geschlechtsleben und die gesteigerte Fortpflanzungsfähigkeit des deutschen Volkes in die Bresche zu werfen und damit beim Wähler Punkte zu sammeln.

Da der Kampf gegen die strafrechtliche und politische Verfolgung sexueller Minderheiten mithilfe des Paragraphen 175 nicht mit der Weiterentwicklung der antimperialistischen zur proletarischen Kulturrevolution verbunden war, geriet jene zwangsläufig unter die Regie des Staates und des staatlich beförderten politisch diktierten grün-linken Gesinnungszwangs, unter dessen Hegemonie das ‚soziale Geschlecht‘ generell über das biologische Geschlecht gestellt wird, was sich in allerlei abgeleiteten absurden Vorschlägen wie dem zur Reform der Rechtschreibung niederschlägt, die in Schule, Staatssender und Verwaltung längst fest etabliert sind, und wovon ausgehend der ‚Genderterror‘ zur Staatsraison erhoben wird. Eine sexuelle Minderheit wird vonseiten des Staates durch ihre ‚Gleichstellung‘ politisch zur Mehrheit erklärt und mit Hilfe von Ausnahmegesetzen durchgesetzt. Ein genialer Anknüpfungspunkt für die Demagogen von der faschistischen Rechten, die gemeinsam mit Moskau über die Lieferung frei Haus solch hervorragender Instrumente zu den unsinnigsten Spaltungen der ‚westlichen‘ Gesellschaft im Gefolge links-grüner Reform-

politik (und auch zur Freude von „**Achtung Reichelt**“ auf Twitter) in Freudentränen ausbrechen müssen.

Die ‚Marxisten‘ meinen diesen Widerspruch dem ideologisch übergriffigen Staat und der apathisch darauf reagierenden Bevölkerung überlassen zu sollen und diesen selbst nicht ernst nehmen zu müssen, schon allein, indem sie ihn schlichtweg ignorieren. Aber absurde Spaltungen der Gesellschaft, wie diese, bleiben ohne die Berücksichtigung der gesellschaftlichen Praxis, auf deren Boden sie gedeihen und der Politik, der sie zum Durchbruch verhelfen sollen, beschränkt auf die Verteidigung individueller Befindlichkeiten, nur theoretisch leere Behauptungen, die nicht geeignet sind, gegen die politische und militärische Bedrohung der ‚westlichen‘ Demokratien und deren Lebensart durch den Faschismus des ‚globalen Südens‘ und der russisch-chinesischen Axe den Kampf aufzunehmen.

10.06.

Nach dem ‚gelungenen Coup‘ der Hamas in Gaza vom 07.10. letzten Jahres, der die Internationalisierung der ‚einsamen‘ Konfrontation Rußlands mit ‚dem Westen‘ in Ukrajina ausgelöst hat (und nach der Übernahme einer Reihe von Sahel-Staaten durch afrikanische Quislinge Moskaus), drängt es Putin nun zu umfassenderen weltpolitischen Dimensionen und zur Rückkehr zu früherer Größe einer untergegangenen Supermacht – und, wie einst Hitler, zum offenen Revisionismus: Manöver in der Karibik, Flottenbesuch in Kuba, Rußland als ein zweites N-Korea etc.

11.06.

Im Gegensatz zu den ‚Reichsbürgern‘ bekennt sich die parteiMarx zu den Ergebnissen des unter den antifaschistischen Mächten von den Völkern und Nationen errungenen Siegs über den deutschen Faschismus, über dessen gescheiterte Weltherrschaftsversuche und zu den – soweit durch gemeinsame Absprachen erzielten – Vereinbarungen der Vier Alliierten über die künftigen Verhältnisse in Deutschland. Das heißt jedoch nicht, daß sie darauf verzichtet, für die Einführung einer ‚westlichen‘ Verfassung anstelle des Provisoriums des Grundgesetzes einzutreten und diesen Anspruch politisch zu verteidigen. Dieser erscheint vor allem deshalb als sinnvoll und notwendig, weil sich der Kommunismus des 20. Jahrhunderts, spätestens seit der gewaltsamen Auflösung der Duma durch die Bolschewiki im Januar 1918 von der Partei Marx abgewandt und seit der Niederschlagung des revolutionären Aufstands von Kronstad (1921) einen anderen als den bis dahin von ihr vertretenen Weg eingeschlagen hat, auf dessen weiteren Stationen sich Lenins Diktatur des Proletariats in die längst überwunden geglaubte autokratische Herrschaft des alten Zarentums mit einem neuen, ‚kommunistischen‘ Zaren an der Spitze verwandelt hat, nach dessen Drehbuch Rußland zu seiner alten Größe zurückkehren sollte. Zu den wichtigsten Stationen der modernen

Anverwandlung der UdSSR an das alte Zarentum gehören nach der Niederschlagung von Kronstad (1921) dem Kirow-Mord und dem Holodomor (1934), der Hitler-Stalin-Pakt (1939) und die Auflösung der Komintern (1943). Nicht zu vergessen Katyn (1940) und den Verrat an den jüdischen Aufständischen im Warschauer Ghetto (1945), um nur einige der wichtigsten Stationen auf der Blutspur der revolutionären Konterrevolution zu nennen. All diese Maßnahmen dienten nicht der Verteidigung der proletarischen Revolution und der revolutionär erkämpften Sowjetmacht, sondern einer auf Partei, Staatsapparat, Geheimdienste und Armee basierenden ‚kommunistischen‘ Ein-Mann-Herrschaft auf den Spuren der Moskowitischen Zaren. Das Geniale an Stalins ‚Leninismus‘ bestand darin, daß in ihm die Anti- these der Konterrevolution mit der These von der Unvermeidlichkeit der proletarischen Re- volution ungetrennt ineinander übergehen und miteinander verschwimmen und dieses revolutionär-konterrevolutionäre Konzept von einem ‚kommunistischen‘ Ein-Mann-Herrscher – und seinen ausführenden Organen – nach Belieben auf *alle* proletarischen Revolutionäre übertragen wird, deren Einzelexemplare dann von Stalins Kreaturen so lange gefoltert wurden, bis sie eingestanden, ein Konterrevolutionär zu sein, der u.a. geplant habe, den nach Lenins Tod in der Sowjetunion noch einzig lebenden Kommunisten umzubringen und sich anschließend (aufgrund höherer kommunistischer Einsicht: einverständlich) hinrichten zu lassen. Diese Anverwandlung der Oktoberrevolution an eine Staats-Sekte steht zwar im Widerspruch zu den Absichten des Staatsgründers, der vor 1917 in den Diskussionen unter den Bolschewiki über die ‚nationale Frage‘ das Postulat aufgestellt hatte, sich keinesfalls und niemals in welcher Form auch immer auf das Russische Zarentum einzulassen; dies galt aber selbstverständlich nicht mehr, nachdem der Vollstrecker des Leninistischen Erbes als Parteivorsitzender seinerseits ‚kommunistischer‘ Zar geworden war. Die Abwendung der Bolschewiki von der ‚Partei Marx‘, die sich in dem verwaschenen Begriff des ‚Marxismus‘ wiederfindet, hatte bereits relativ früh im Verlauf von Lenins Auseinandersetzung mit den sog. Volkstümlern stattgefunden – von denen, woran Bakunin noch gescheitert war, das Marxsche *Kapital* ins Russische übersetzt wurde – die jedoch, wie es schien, nicht hatten einsehen wollen, daß auch Rußland, wie im *Kapital* nachzulesen ist, unvermeidlich und ausschließlich bezogen auf den ‚Westen‘, den Weg in Richtung ‚westlicher‘ Kapitalismus eingeschlagen werde –, wonach nicht mehr die Bauern, sondern die Arbeiterklasse, zum neuen revolutionären Subjekt geworden war, das die moskowitische Selbstherrschaft stürzen und in der Nachfolge der Pariser Commune die Diktatur des Proletariats errichten werde. Diese Schlußfolgerung stammt jedoch nicht von Marx, sondern von Lenin! Die ausschließliche Bestimmung von Marx auf den Autor des *Kapital* und die Geringschätzung des politischen Marx, einschl. der ‚Partei Marx‘, und die Reduzierung von Marx, wie in der Sowjetunion geschehen, auf den ‚marxistischen‘ Marx verkennt das enge Verhältnis, das ‚die Partei Marx‘ beginnend mit dem Jahr 1848 über den Einfluß des Russischen Zarentums auf die Verhältnisse in Europa vertreten hat, und woraus letzten Endes auch die Marxsche den Ansichten der russischen Marxisten diametral entgegengesetzte Einschätzung der revolutionären Klassen Rußlands resultiert, die nicht in *Kapital* I behandelt wird.... Der

typische russische Marx wäre genau jener, der in den leninistischen Programmen der Bolschewiki nicht vorkommt.

12.06.

Die rechten und linken Putinisten haben jeweils ihre Duftmarken gesetzt. Sozial-Faschisten und National-Sozialisten – *eine* Kampffront! Mit vielen Grüßen von der BVG aus dem Jahr 1932!

Wahlen zum Europa-Parlament:

Thüringen: Faschos = 30%, Ramelow = 5,7%, BSW = 15%.

BSW konnte von seiner rußland-freundlichen Politik bei den Ex-DDR-Bewohnern profitieren; d.h. von seiner ‚scharfen Kritik‘ an der Ukraine-Politik der Bundesregierung und an den pro-‘westlichen‘ Parteien. Die ‚Ossis‘ – so es solche überhaupt noch gibt – wollen eine zweite Spaltung Deutschlands. Der seit den 20er Jahren von Ulbricht praktizierte Ökonomismus hat sich tief in ihre Ossi-Seele eingebrannt.

Vor Putins faschistischem Überfall auf Ukrajina hätte man sich vielleicht noch mit dieser oder jener Position Wagenknechts im einzelnen auseinandersetzen müssen. *Nach* dem 24.02. ist das zum Clinch mit den Quislingen Putins geworden. Die letzten Zuckungen der antiimperialistischen Kulturrevolution kommen als Querschläger zurück!

AfD + BSW: *e i n e* Kampffront mit Putin!

13.06.

Marx und Engels sehen in der post-demokratisch-revolutionären Phase der ‚Partei Marx‘ (1848-1864) nicht mehr ausschließlich den Ausgangspunkt für die revolutionäre ‚westliche‘ Demokratie; sie betrachten diese vielmehr als *die* Gelegenheit, die Arbeiterbewegung nach dem Zusammenbruch der chartistischen Bewegung neu – und dieses Mal von vornherein *international* – zu konstituieren.

Die Ampel: eine Regierung aus vornehmlich putinistischen Speichelleckern! Die Linke SPD war solange noch erträglich, wie sich gestandene rechte SPDler (Typus: Helmut Schmidt) um das bread-and-butter-Geschäft kümmerten. Seit der Merkel-Ära ist die Linke in der SPD an der Regierung: das vorherige Gleichgewicht ist gestört. Heraus kommt unter dem Strich eine Regierung von putinistischen Landesverrättern.

Pistorius: The same procedure as every year? Die Deutschen befinden sich offenbar immer noch im falschen Film!

14.06.

Die Deutschland total isolierende deutsche Friedfertigkeit könnte durchaus auch in Richtung deutsche Hegemonie ausschlagen! (Deutschland ist nicht Ungarn.) Aber was für eine Hegemonie wäre das dann? Wie man es dreht und wendet, sie wird aus putinistischen Inspirationsquellen gespeist.

15.06.

Was waren das noch für Zeiten, als die Deutschen, bevor sie eine Revolution machten, eine Bahnsteigkarte lösen wollten. Zumindest darin ist Lenin, der diesen Spruch kolportiert hat, recht zu geben. Damals konnte jeder Revolutionär wenigstens davon ausgehen, daß er pünktlich zum Sturm aufs Winterpalais vor Ort sein werde. Heute eher nicht, da hier inzwischen ein anarchistischer Kapitalismus zu herrschen scheint, wo jeder Lohnabhängige den Kapitalismus, der sehen soll, wo er mit seiner notorischen Profitmacherei bleibt, satt hat! Die Arbeiterklasse ist zu Proudhon zurückgekehrt und will das Kapital lehren, daß es im Verhältnis Lohnarbeit–Kapital auch ohne dieses geht. Fragt sich nur, wer als erster auf der Strecke bleibt.

Der Anarchismus akzeptiert keine Ordnung, nicht mal die eigene Unordnung, die ihm als noch viel zu ordentlich erscheint.

20.06.

FAZ: **Göring-Eckardt empört mit Tweet zur Hautfarbe der Nationalspieler** (20.06.):

Göring-Eckardt findet es auf X zwar großartig, wie die deutsche Nationalmannschaft gespielt hat. Dann aber fügt Sie hinzu: **»Stellt euch kurz vor, da wären nur weiße deutsche Spieler.«** Aber warum sollten wir das tun?? Die Mehrheit auf X empfand diese Aufforderung Göring-Eckardts als Provokation, sodaß sie von ihren Lesern aufgefordert wurde, diesen Text zu löschen. Aber sie bleibt am Ball: Wenn nun, wie sie aus einer WDR-Umfrage zitiert, **»21% es besser fänden, wenn mehr Weiße in der Nationalmannschaft wären«**, dann wäre zu fragen, für wen das eine hervorragende und für wen das eine blödsinnige Idee wäre. Außerdem wäre generell an der Sinnhaftigkeit dieser Frage zu zweifeln, oder diese gar abzulehnen, weil sie mich entweder zu einer rassistischen oder einer rotrotgrünen, und somit regierungskonformen Antwort, inspirieren würde. Daher würde ich es grundsätzlich ablehnen, mich auf Göring-Eckardt Schein-Alternative überhaupt einzulassen, weil ich nicht vorhabe, entweder zu den jenen **»21%«** gehören zu sollen oder durch die RotRotGrünen ‚freundlicherweise‘ die ‚anti-rassistische‘ Absolution zu erhalten. Aber abgesehen davon ist es mir mit Verlaub völlig Schnuppe! Wenn Göring-Eckardt zur Beruhigung der Wogen den Alibisatz hinzufügt: daß sie diese 21% eines Tages auch noch vom Gegenteil zu überzeugen hoffe, hilft das nur ihr weiter.

Ein, höflich formuliert, eher selbstgerechter ‚Antirassismus‘, bei dem alle, die nicht bereit sind, in Göring-Eckardts Grüne ‚Antirassismus‘-Fallen zu tappen, Gefahr laufen, ob sie wollen oder nicht, sich zum ‚Rassisten‘ erklären zu lassen! Oder wodurch wird der sogenannte ‚Rassist‘ noch beweisen können, daß er keiner ist? Indem er als in der WDR-Befragung als pauschal verdächtigter Rassist den Anti-Rassisten die Füße küßt? Niemand sonst als die Wessideutschen lassen sich bereitwilliger von ‚Anti-Rassisten‘ mit Hilfe von grün-linken Gesinnungstechniken in die Schranken weisen! Oder sie wechseln endgültig zu Höckes Nazis über.

Fakt ist, daß die „**farbigen**“ Nationalspieler für Dschörmoney spielen! Und das nicht allein, weil sie einen deutschen Paß besitzen *und* die besten Kicker sind! Sondern weil das auch ihr Job ist, mit dem sie – wenn auch vielleicht nicht immer – gutes Geld verdienen. Das ist aber fast auch schon alles zu diesem angeblichen Problem von Frau Göring-Eckardt! Auf ihre Tour führt ihre Masche auf dem Weg des des Protests oder gar Widerspruchs dagegen auf direktem Weg zu den Nazis, die behaupten, daß nur doitsche Nationalspieler gute Nationalspieler wären. Und diese 23%–Idioten meint Göring-Eckardt mit ihren ‚antirassistischen‘ Interventionen ‚antirassistisch‘ bekehren zu können? Das ist doch nur noch lächerlich!

Ihr angeblicher ‚Ausrutscher‘ ist aber geradezu ein Musterbeispiel dafür, wie sich der ‚linke‘ Anti-Rassismus, als dessen Anwalt Göring-Eckardt in diesem Tweet auftritt, in Richtung ‚Globaler Süden‘ und gegen den ‚rassistischen‘ ‚Westen‘ gewendet, zu positionieren versucht! Dieser Versuch speist sich politisch – was zuvor bereits den Genderismus betraf – aus der Einteilung der menschlichen *species* in den guten und den bösen gender. Oder wie jetzt bei der deutschen Nationalmannschaft in (rassistische) weiße und (anti-rassistische) farbige Kicker, als politischer Ausdruck der globalen Auseinandersetzung zwischen dem ‚rassistischen‘ Norden und dem ‚antirassistischen‘ Süden, zwischen Imperialismus und ‚Antimperialismus‘, usw. Den ‚rassistischen‘ Norden wird kein Grüner ‚Antirassismus‘ und auch kein Genderismus e la Judith Butlers retten – weder vor den Killern der Hamas noch vor Putins Raketen. Rechte Identitäre gibt es nicht erst seit gestern; heute werden sie durch ihre ‚linken‘ Entsprechungen ‚hervorragend‘ ergänzt und komplettiert.

22.06.

Faschismus: dem Proletariat von der Bourgeoisie verordnetes konterrevolutionäres Abfuhrmittel, wodurch dieses politisch zum Lumpenproletariat degradiert wird.

BAHAMAS 94 (2024): #zusammenland: Eine Islamisierung findet nicht statt (2024):

(40a) »**Sehnsucht nach der Bonner Republik**«.

Zutreffend heißt es da: »**Zu kritisieren ist an der Erinnerungskultur, daß in ihr alles dem**

Zweck untergeordnet wird, in Höcke, Kubitschek oder Sellner die Wiedergänger Hitlers und in der AfD die neue NSDAP zu erblicken.«

Die einzige Konsequenz daraus wäre: den Widerstand gegen die Islamisierung zu torpedieren, und durch die »**paranoide Fixierung auf den rechten Feind**« alle Voraussetzungen »**für die vernünftige Einrichtung der öffentlichen Belange**« durch Triggerwarnungen zu ersetzen (d.h. der Warnung vor einer möglichen Konfrontation mit persönlich verletzenden – fremden – Ansichten, Bildern, Videos etc.)

40b) »**Die Fähigkeit zum Urteil darüber, was nationalsozialistisch ist und was nicht, nimmt mit der endgültigen Umwidmung der Erinnerungskultur zur einzig wahren Kampfform gegen Rechts stetig ab. Nicht fähig zu sein, den Unterschied zwischen Vergangenheit und Gegenwart zu erkennen, ist das Resultat eines geschichtspolitischen Curriculums, auf dessen Grundlage es darum geht, die Unterschiede zwischen NS und Faschismus, rechts, rechtsradikal und rechtsextrem, konservativ und konservativ-revolutionär, national, nationalistisch und völkisch zu verwischen, und zu einem einzigen braunen Brei zu verrühren.**«

Worin **BAHAMAS** noch zu ergänzen wäre:

1. Die ‚westliche‘ Demokratie, die als letzte Schwelle auf dem Weg zum Kommunismus zu überschreiten sein wird (oder der sog. ‚Westen‘ als Schwelle auf dem Weg der Axe und des ‚Globalen Südens‘ in den neuen Faschismus);
2. Die Wechselwirkung zwischen dem National-Sozialismus und dem (post-)Stalinschen Faschismus Putins, die sich als ‚Siamesische Zwillinge‘ nicht voneinander trennen lassen, d.h. als das Ergebnis ein und derselben Konterrevolution vertreten von konkurrierenden Partnern. Der NS als völkische Version von Stalins revolutionärer Konterrevolution.
3. Damit zusammenhängend das Verhältnis der Neuen Bourgeoisie zur alten, des Neuen Faschismus zur ‚westlichen‘ Demokratie, die vom Proletariat nicht fallen (gelassen werden) darf, wenn es nicht gezwungen sein will, einen riesigen Umweg zu machen.
4. Wenn die ‚westliche‘ Demokratie fällt, erlebt die Menschheit ‚das Ende der Geschichte, die organisierte Geschichtslosigkeit und die Rückkehr der Deutschen nach Lummerland!

28.06.

NZZ: Brandmauer oder Koalition? Die AfD und das Bündnis Sahra Wagenknecht könnten gemeinsam in Ostdeutschland regieren (24.06.)

Aus meinen Überlegungen zu diesem Artikel wird deutlich werden, daß die beiden in Zukunft möglichen Koalitionen keine exotische politische Verbindung anstreben, weil beide Koalitionäre ein unterschiedliches Deutschland befürworten und dies auch mit allen (politischen) Mitteln durchsetzen werden: ein putinistisches Deutschland, das an die Stelle des ‚westlichen‘ Deutschland träte oder eine putinistische ‚DDR light‘. Diesen Unterschied ein-

deutig und klar zu definieren dazu sind die bürgerlichen Parteien offenbar weder bereit noch in der Lage. Dieses putinistische Deutschland wäre die Kerngestalt des sich gerade herausbildenden putinistischen Europas.

Am günstigsten für den Weg der Machtergreifung durch den Putinismus in Deutschland wäre nicht, sofort eine Koalition von BSW und AfD anzustreben, sondern vielmehr die Taktik: getrennt marschieren, vereint herrschen. So gab es z.B. in der DDR die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NDPD), woran die AfD auf Anregung Putins anknüpfen könnte.

SPD und Grüne sind die harmloser erscheinende Variante von Putin-Deutschland. Aber dort gibt es zumindest außer derjenigen Fraktion, die mit dem Putinismus offen kollaboriert (Moskau Connection) auch diejenigen, die sich ihm nicht sofort zu unterwerfen vorhaben. Auf die Dauer werden sich diese Parteien aber entscheiden müssen, wohin sie wollen. Ins Land der Lemminge oder zu einem alternativen 1848.

Sollte Wagenknecht eine Regierung bilden, mit wem auch immer, wird sie dann auch irgendwann die verrosteten Geschütze des Stamokap aus den Magazinen längst vergangener SED-Politik Stück für Stück wieder hervorholen. Und wenn die SPD-Parteivorsitzende auch erklärt haben mag, nur auf Landesebene mit dem BSW zusammenarbeiten zu wollen, wird sie ihre Partei dadurch wohl eher zum rechten Flügel des linken Putinismus machen. Auf Bundesebene distanziert sie sich mit ihren sanften Formulierungen vom Putinismus, auf Landesebene wohl eher nicht?

Scholzens Deutschland ist gegen die gemeinsame finanzielle Unterstützung von Ukrajina durch die EU. Es will ausschließlich bilaterale Abkommen und nur in diesem Rahmen Hilfe leisten.

Auch die Schuldenbremse hat eine doppelte Funktion: die eine, bezogen auf die wachsenden Defizite im Staatshaushalt und die andere im Sinne Putins, indem bereits Merkel alles tat, damit Deutschland nicht zusätzlich aufrüstete.

Die Bilanz von „**Frieden schaffen mit immer weniger Waffen**“:

Bundeshaushalt: Rüstung zwischen 20% und 10%,

Sozialausgaben: zwischen 35% und 50%.

Die GroKo hat diesen DKP-Merkvers voll in die Tat umgesetzt.

Der Anteil der Verteidigungsausgaben liegt auf dem Niveau von Weimar: damals 0,9%.

Die politischen Konsequenzen:

1. Lücken in der Ausstattung der Bundeswehr schließen;

2. Nach der möglichen Niederlage von Ukrajina drohen weitere russische Aggressionen in Ost- und Mittel-Europa
3. Den uneinholbar erscheinenden technischen Rückstand der Bundeswehr aufholen;
4. Deutschland muß sich – ob mit oder ohne Trump – militärisch auf eigene Füße stellen.
5. Ausgaben: Aktuell fünf mal mehr für den Arbeitsmarkt als für Wehrtechnik.

Der Verteidigungshaushalt ist die Versicherungsprämie gegen eine ausländische Aggression. Für Putin ist eine putinistische Koalition die konsequente Fortsetzung von Merkels schaumgebremstem Putinismus. Die Lösung: öffentliche Kreditaufnahme anstelle Schuldenbremse. Die Folge: ungebremsster Konsum plus Sozialstaat. Aber günstige Bruttoverschuldung von 64%. Die ökonomischen Randbedingungen sind also noch günstig – für das Kapital! Sicherheit auf europäischer Ebene organisieren. Skaleneffekte (Marx: „**Stufenleiter**“). Gemeinsam mit Frankreich. Große wirtschaftliche Effekte hätten zur Folge, diese auch ‚friedenspolitisch‘ zu nutzen. (Das wäre die Umkehrung von: ‚Frieden schaffen ... ohne Waffen‘.) Das würde zumindest zeigen, daß die Friedenspolitik der Linken von A bis Z und in erster Linie nur der Politik der Axe etwas eingebracht hat. Historisch bleibt zu erinnern: das sog. Wirtschaftswunder profitierte vom Korea-Krieg! Sparsamkeit sollte im Zweifelsfall nicht Selbstzweck sein!

Fazit: Erstaunlicherweise fällt den beiden Historikern zu ihrer nüchternen Bestandsaufnahme hinsichtlich Rußlands als Protagonist der Axe in Europa, nicht allzu viel viel ein. Davon abgesehen wäre aber fast jeder Satz zu unterstreichen. In der Umkehrung zum Vertrag von Versailles (1919) wären das: Schuldenbremse plus Verteidigungsvorbereitung. Für die SPD aber keine Quadratur des Kreises! Ziemlich klar auch, warum nicht...!

29.06. Lektüren

Stichworte zu:

Susan Arndt: *Rassistisches Erbe* (2022):

Das Buch ähnelt in seinen Intentionen einer Sprachen-Verkehrsordnung, worin Falsch-Sprechen ähnlich wie Falsch-Fahren oder -Parken sanktioniert wird. Falsch-Fahren führt im Extremfall zu tödlichen Verkehrsunfällen, Falsch-Parken zu Geldstrafen. Nur, daß der ‚Schutzmann an der Ecke‘ in meinem Kopf Position bezogen hat und daß er von dort aus die Korrektheit meiner Ausdrucksweise überwacht. Durch das Triggern (= vorwarnen) vor der Verwendung gefahrvoller Ausdrücke oder Sätze und dem Betrachten bestimmter Bilder oder Videos verwandelt sich mein Sprechen und Rezipieren zu sprachlichem und dieses zu sozialem Handeln. Das bedeutet: Sprechen ist Handeln. (Und wer beide ‚Ebenen‘ miteinander

vertauscht oder auf eine Stufe stellt, kollidiert mit dem sprachlichen Überwachungsstaat in meinem Kopf! Die Handlungsweise institutioneller bzw. individueller Handelnder (Akteure) spricht nur dann für sich, wenn für deren Deutung ein allgemein akzeptiertes Schema vorliegt, in das diese einzubetten ist und in dieses eingeordnet werden kann. Straßenverkehrsteilnehmer müssen das Verhalten ihres Gegenübers immer so interpretieren, als wollte dieser beabsichtigen, einen Verkehrsunfall zu vermeiden. Sie müssen also davon ausgehen können, daß sich dieser zu ihnen reziprok verhält und sich in die zu erwartende Handlungsweise ihres Gegenübers hineinversetzen, um zu antizipieren, wie dieses sein eigenes Verhalten beeinflussen wird...usw.

Das Handeln der Verkehrsteilnehmer wird, falls erforderlich durch die Verkehrspolizei geregelt, das sprachliche Handeln durch ‚Sitte und Herkommen‘ und im Zweifelsfall durch den Beleidigungsparagrafen. Sprechen *ist* Handeln. Die Bezeichnung des faschistischen Überfalls des Putin-Regimes auf Ukrajina als Krieg kann, jeweils ganz nach dem politischen Zusammenhang, in der Russischen Föderation als schweres Verbrechen strafrechtlich verfolgt werden. Seine mögliche Bezeichnung als ‚Krieg‘ wurde mit einem Warnschild versehen – Achtung Gulag! –, dessen Nichtbeachtung mit dem Tod enden kann.

Für die deutschen Verkehrsteilnehmer werden noch subtilere Warnhinweise denn Triggerwarnungen aufgestellt: ‚Dieses Wort, dieser Satz, dieses Bild usw. könnten Sie verletzen. Öffnen sie diesen Link besser nicht, wenn Sie nicht zu Schaden kommen wollen!‘ Die Sprechakt-Teilnehmer werden so vor Beleidigungen geschützt: durch das Einüben einer für mein Gegenüber vor-sorgende Sprechweise, in der beleidigende Ausdrücke von vornherein zu vermeiden sind. Ähnlich das Schema: wie sag ich’s meinem Kinde... Wer z.B. für Menschen afrikanischer Herkunft den Begriff ‚Neger‘ verwenden wollte, weiß von vornherein, daß er damit eine rassistische Beleidigung begehen wird. Dafür kommt er zwar nicht gleich ins linke Gulag, könnte aber zumindest seinen Job verlieren, egal, ob er das ‚N-Wort‘ als rassistische Beleidigung ausgesprochen oder als ein Zitat verwendet hat; die informelle Sprachpolizei in meinem Kopf wacht darüber, daß die Grenzen von ‚Sitte und Herkommen‘ eingehalten werden. Erst die Sprache, dann der Inhalt! Durch das Einüben eines vorgeschriebenen Sprachverhaltens läßt sich für die Effizienz zukünftiger putinistische Quisling-Regime heute schon mal vorbereiten. Außerdem könnte der ‚Schutzmann‘ in meinem Kopf eines Tages durch weiterentwickelte künstliche Intelligenz ersetzt werden.

gepostet am 13.10.2024